The background of the cover is a painting of a building facade. The wall is a warm, yellowish-tan color. There are several windows: a small square window at the top left, a larger square window at the top center, and a tall, narrow window on the left side. On the right side, a dark blue, heavy garment, possibly a coat or a dress, hangs vertically. The overall style is somewhat impressionistic or painterly.

Johann Friedrich Geist
Klaus Kürvers

Das Berliner Mietshaus

1862-1945

Prestel



Aufnahme Januar 1933
Fotograf unbekannt
Vorlage siehe Publikation (Negativ unauffindbar)
Publikation Arbeiter-Illustrierte Zeitung (AIZ), 1932, Nr. 4, S. 96

Blick aus der Durchfahrt des ersten Quergebäudes in Richtung des sechsten Hofes

Die Inschrift *Zweiter-Hof* ist verdeckt durch ein handgeschriebenes Transparent: *Hier ist Mieterstreik / Wir fordern 25% Mietsenkung*. Das Tuch ist befestigt an zwei Fenstern, wobei das linke zwar über der Treppenhaustür liegt, aber, allein schon durch die Höhe erkennbar, nicht zum Treppenaufgang gehört. Der Blumenkasten läßt darauf schließen, daß es sich um ein Wohnungsfenster handelt. Das Fenster auf gleicher Höhe zeigt im Inneren eine Decke, die gegen Zug schützt.

9.3 „Meyer's-Hof ist auf dem Posten: Erst Essen dann Miete!“

Die neuen Besitzer von Meyer's-Hof seit 1930:
Dr. Tumarkin und Dr. Vater

Die „Norddeutsche Immobilien AG“, die Meyer's-Hof im April 1929 für 170.000 RM von der Eisengießerei-AG erworben hat, verkauft die Gebäude Anfang 1930 an den Emigranten Dr. Alexander Tumarkin. Die Eisengießerei, die das Grundstück nach dem Tod von Otto Meyer von den Erben übernommen hatte, erwarb das Grundstück ursprünglich in der Absicht, die eigene benachbarte Fabrik möglicherweise erweitern zu können. Tumarkins Motive für den Besitz von Meyer's-Hof und seine Pläne gehen aus einer Akte des Landgerichts Berlin aus den 50er Jahren hervor. Tumarkin und Dr. Vater repräsentieren nach Jacques Meyer, seinem Sohn und nach der Eisengießerei einen ganz neuen Typus des Hausbesitzers.

Im Dezember 1950 stellt Dr. Tumarkin von New York aus einen Antrag auf Wiedererstattung seines enteigneten Besitzes. Antragsgegner ist das Deutsche Reich. Bei dem anschließenden Verfahren ergibt sich, daß Dr. Tumarkin gar nicht enteignet worden war, sondern laut den Akten des Grundbuchamtes Wedding immer noch Eigentümer des Grundstücks Ackerstr. 132/133 ist.

Der Fall ruht bis 1955, als die Erben des inzwischen verstorbenen Tumarkin erneut einen Rückerstattungsantrag beim Amt für Wiedergutmachung einreichen, jedoch nicht mehr gegen das Deutsche Reich, sondern jetzt gegen den Dipl.-Kaufmann Dr. Vater. Zweck und Ziel des Rückerstattungsantrages ist die Be-
seitigung von Belastungen, mit denen das Grundstück

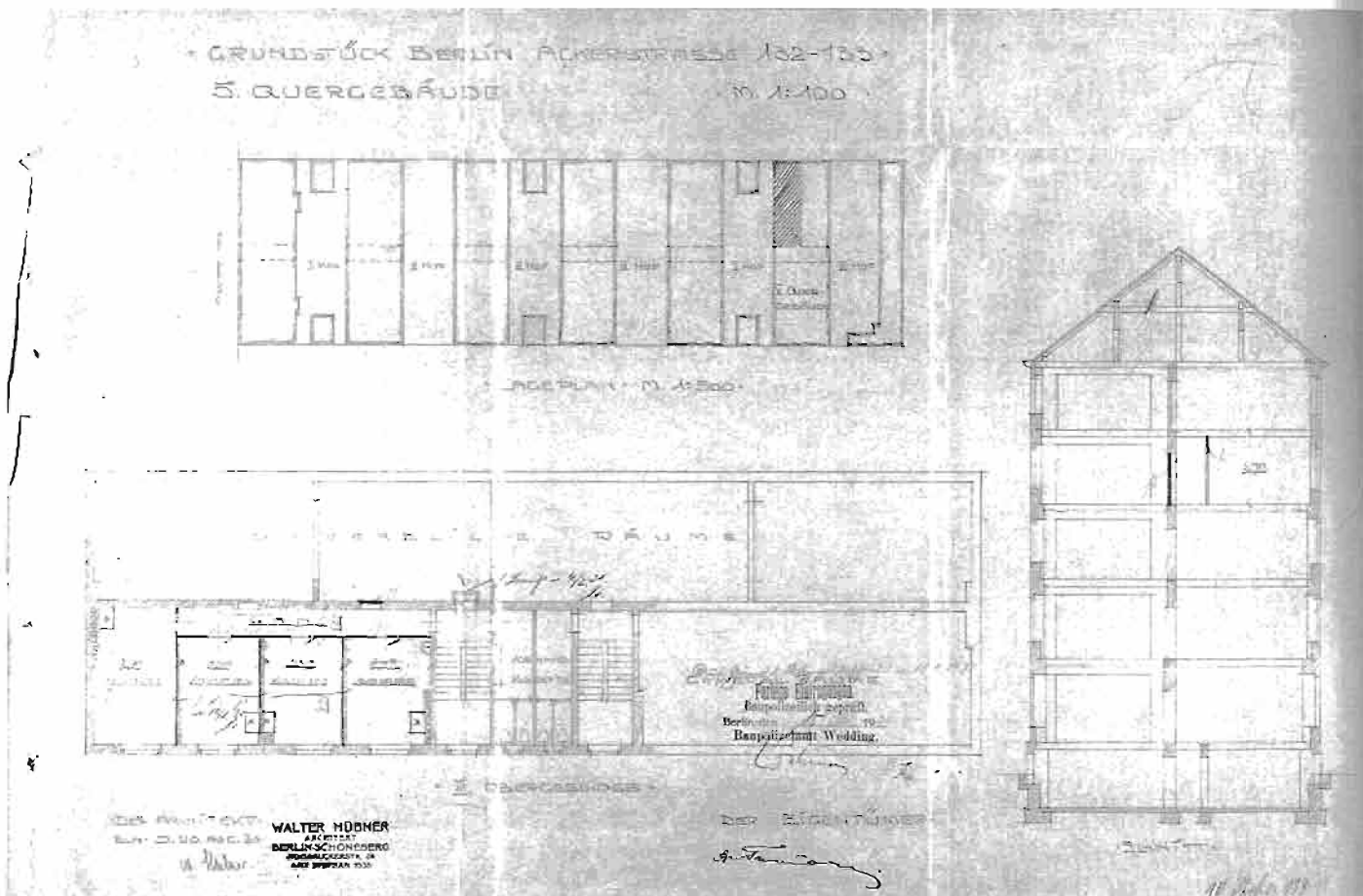
S. 398 → Am 24.1.1930 verkauft die Norddeutsche Immobilien AG Meyer's-Hof an den Kaufmann Dr. Alexander Tumarkin. Als Verwalter wird der Bauakte Herr Ritter genannt.

←A 25 Am 22.8.1930 beantragt Tumarkin bei der Städtischen Baupolizei-Bezirksamt Wedding eine Ausnahmegenehmigung zur Rückver-

→A 26 von Gewerbe- zu Wohnräumen: *Ich beabsichtige den im Hause Ackerstr. 133 im 5. Quergebäude 3. Stock links gelegenen Gewerberaum für Kochstuben einzurichten laut beiliegender Zeichnung. Dieser Raum ist 2 Jahren unvermietet und glaube ich nicht, den Raum in nächster Zeit gewerblichen Raum vermieten zu können. Dagegen eignet er sich*

←A 27 *zeichnet für Wohnzwecke. Der Raum ist hell und trocken. In der dortigen Gegend ist stets eine Nachfrage nach Kochstuben. Ich würde die Kochstuben möglichst bequem für den einzelnen Mieter einrichten . . . Dies wird ihm erlaubt, allerdings mit der Einschränkung: Der Dispens wird nur ausnahmsweise mit Rücksicht auf die Wohnungsnot und nur für die Dauer von 5 Jahren erteilt.*

Mit der Genehmigung hat es deshalb Probleme gegeben, weil Gewerberäume und Wohnräume, wie es nach der neuen Bauordnung gefordert wird, keine eigenen Treppenhäuser haben und weil die geplanten 1-Zimmer-Wohnungen mit eisernen Kochherden und Ausguß nach Nordosten liegen. Der Antrag zeigt, daß in Meyer's-Hof leerstehende Gewerberäume nicht mehr zu vermieten sind, dagegen aber von einer Wohnungsnot die Rede ist und nun 1-Zimmer-Wohnungen gesucht werden, weil größere Wohnungen nicht mehr bezahlt werden können. Die Wohnungsnot hat also Arbeitslosigkeit zur Voraussetzung. Die Existenzmittel reichen in dieser Gegend nicht mehr aus, um die bisherige Miete zu bezahlen.



→B 6 Bauantrag vom 20.8.1930 zum Umbau einer Werkstatt zu 4 Kochstuben im 3. Stock des 5. Quergebäudes

Zum 1.2.1931 werden diese „Wohnungen für das Existenzminimum“ vermietet. Sie sind getrennt durch 1/2 Stein starke Leichtsteinwände.

Am 13.4.1931 wenden sich die Mieter Heising und Köhler aus dem 2. Quergebäude Nr. 133 an die Baupolizei des Weddings:

In Anbetracht der vielen Mißstände, die in dem berüchtigten Meyershof Ackerstraße 132–133 herrschen, möchten Unterzeichnete ebenso höflich wie dringend bitten, Meyershof einen Besuch abzustatten. Die Höfe und hauptsächlich die Einfahrt von der Straße bis zum 4. Hof sind in solch schlechtem Zustand, daß Unglücksfälle garnicht ausbleiben. Ernste Fälle sind glücklicherweise noch nicht zu beklagen, was aber zu befürchten ist. Auch beschweren sich die Mieter vom 4. Quergebäude, dort ist eine Pumpernickelfabrik Westfalia, dort steht eine Maschine, die das ganze Quergebäude in Erschütterung bringt. Gefährlich wirken auch die Fassaden, die man bei und nach schlechtem Wetter nur mit Lebensgefahr passieren kann. Dann ist im ersten Quergebäude im Keller eine Waschküche, die sich in einem sehr schlechten Zustand befindet. Auch fahren hier Radfahrer, Motorräder, Autos und Lastautos mit großer Geschwindigkeit auf den Höfen, daß sich die Bewohner, hauptsächlich Kinder und Alte Leute, in steter Lebensgefahr befinden. Nach allen Verhandlungen, die wir mit der Verwaltung und dem Hauswirt geführt haben, blieb bisher alles erfolglos.

Wir bitten nun, die Baupolizei uns in dieser Sache zu unterstützen und stehen zu jeder Zeit zur Verfügung.

Wir beobachten hier zum ersten Mal, daß zwei Mieter für alle sprechen und den Gesamtzustand von Meyer's-Hof bemängeln.

Die Baupolizei besichtigt Meyer's-Hof am 21.4.1931 und stellt fest, daß die Arbeiten zur Asphaltierung der Durchfahrten und der Waschküche bereits in Auftrag gegeben sein sollen, und verfügt, daß der Putz, der sich an sämtlichen Hoffronten im großen Umfange gelöst hat und herunterfällt, nur abgeschlagen werden soll, weil die Wohnungen unter dem Fehlen des Putzes nicht leiden. Das Abschlagen des Putzes wird im Juli 1931 durchgeführt, muß dann aber abgebrochen werden, da die Mieter teilweise diesen Arbeiten Widerstand entgegensetzen, indem eine Anzahl der Mieter den mit den Arbeiten beauftragten Handwerkern den Zutritt zu den Wohnungen verweigert. Es ist zu vermuten, daß die Mieter sich gegen das bloße Abschlagen wenden, weil dies die Durchfeuchtung der Wände fördert, wenn man vom Aussehen der Wände absieht.

Der nächste aktenkundige Mißstand – die Korrespondenz Mieter/Vermieter aus dieser Zeit existiert nicht mehr – ist der Zustand der Frischwasserversorgung.

Am 3.8.1932 geht die Mieterin Adamczak aus dem ersten Quergebäude Nr. 132 zur Baupolizei und gibt an, daß das Leitungswasser verschmutzt und ungenießbar aus der Leitung kommt. Die Baupolizei besichtigt die Wohnung, stellt aber kein Schmutzwasser fest. Daraufhin erscheint Frau Adamczak zusammen mit Herrn Heising aus dem 2. Quergebäude am 2.9.1932 wieder bei der Baupolizei. Diese benachrichtigt daraufhin die Städtischen Wasserwerke: Die Mieter Adamczak und Heising führen Beschwerde über verschmutztes Trinkwasser in ihren Wohnungen. . . Der Mieter Heising brachte heute eine Wasserprobe, die er heute der Zuflußleitung entnommen haben will, die starken kohleartigen Schmutzansatz zeigte und in diesem Zustand als ungenießbar bezeichnet werden muß. Es wird um beschleunigte Untersuchung und um Mitteilung des Ergebnisses gebeten.

Die Untersuchung ergibt folgendes: Die Entnahme von Wasserproben aus der Leitung des Vorderhauses sowie Spülungen aus den nächstliegenden Straßenhydranten ergaben klares und einwandfreies Wasser. Die Trübungen des Wassers sind in den Quergebäuden daher auf eine Verschmutzung der Grund- und Steigeleitungen in den inneren Hausleitungen zurückzuführen. Die Wasserwerke können in dieser Angelegenheit nichts veranlassen, da nur der Eigentümer zuständig ist. Aus dem Schriftverkehr geht hervor, daß Tumarkin nichts unternimmt, sondern versucht, die Verschmutzung auf den Hydranten der Feuerwehr im dritten Hof zu schieben.

Am 10.10.1932 verfaßt August Heising, jetzt als gewählter Mietervertreter von Meyer's-Hof, einen Beschwerdebrief an die Baupolizei und verlangt, daß die Fassaden des Vorderhauses, sowie der fünf Quergebäude unbedingt neu verputzt werden (müssen), da die Gefahr besteht, daß von

zum Schaden der Rückerstattungsberechtigten belastet worden ist.

Bei dem nun folgenden Verfahren stellt sich heraus: Dr. Alexander Tumarkin war Jude mit rumänischer Staatsbürgerschaft, weswegen er nicht wie die deutschen Juden enteignet wurde.

Dr. Stieger (Anwalt des Dr. Vater) am 6.6.1956: Die geschäftlichen Maßnahmen des Dr. Tumarkin waren so vielseitig und kompliziert, daß schon zur Zeit ihrer Durchführung kaum jemand die Tragweite und Bedeutung übersehen konnte. Heute ist eine solche Klarstellung überhaupt ausgeschlossen. . . Dr. Tumarkin handelte mit allem und auch Grundstücke waren für ihn keine Kapitalanlage, sondern Handelsobjekt oder Mittel zur Beschaffung von Geld für andere Transaktionen. – Das beweist auch das Schicksal des hier fraglichen Grundstücks, Ackerstr. 132/133. Dr. Tumarkin hat sie in zwei Abschnitten erworben, sofort weit über ihren Wert beliehen und die erhaltenen Gelder für andere Zwecke verwandt. Im September 1939 waren die Grundstücke mit folgenden Hypotheken belastet: (es folgen 8 Hypotheken bzw. Darlehen über insgesamt 260.000.– RM) Dabei handelte es sich bei allen Posten um echte Lasten, deren Gegenwert Herrn Tumarkin zugeflossen waren. (68.000.– RM hat Tumarkin sich dabei u.a. von Dr. Vater geliehen, um Teppiche zu kaufen.) . . . Dr. Tumarkin wollte und mußte sich von dem Grundstück trennen, nachdem er durch die Aufnahme überhoher Hypotheken den wirtschaftlichen Wert dieses Grundstücks ihm genommen hatte. Es ist deshalb auch naheliegend, daß er . . . das Grundstück dem Antragsgegner (Dr. Vater) verkaufen wollte. Ein Verkauf war aber schon deshalb nicht möglich, weil die Belastungen so hoch waren, daß ein Kaufpreis in Höhe dieser Belastungen völlig ausgeschlossen war und auch niemals genehmigt worden wäre. – Wie prekär die Lage des Grundstücks war, ergibt sich am Besten daraus, daß auf Antrag der Dresdener Bank das Zwangsversteigerungsverfahren eingeleitet worden war und Versteigerungstermin bereits anstand – Aktenzeichen 332 K.S.41 Amtsgericht Berlin –. Damals bestand für den Antragsgegner die Gefahr, daß er mit dem größten Teil seiner Forderungen ausgefallen wäre. Das Grundstück wäre wahrscheinlich nur zum Einheitswert zugeschlagen worden und der Antragsgegner hätte sein Geld fast ganz verloren. Er erreichte deshalb durch Verhandlungen mit der Ärztekammer, daß die Dresdener Bank abgelöst wurde. Voraussetzung war aber, daß er (der Antragsgegner) für die neue Schuld der Ärztekammer die persönliche Bürgschaft übernehmen und mit einem erheblichen Teil seiner Forderungen zurücktreten mußte. – Daß in dieser Lage ein Nießbrauchrecht eingeräumt wurde, war so naheliegend und so unbeeinflusst von nationalsozialistischen Dingen, daß es in gleicher Lage immer wieder geschehen würde. Wenn es nicht geschehen wäre, wäre das Grundstück versteigert worden, ohne daß Dr. Tumarkin oder die Antragssteller damals oder jetzt dagegen etwas hätten unternehmen können.

Dr. Stieger weiter: Das vorliegende Rückerstattungsverfahren ist überhaupt nur dadurch zu erklären, daß den Erben des Dr. Tumarkin dessen Transaktionen besonders auf dem Wege des Grundstücksmarktes nicht mehr durchschaubar sind. Leider hat auch der Antragsgegner Dr. Vater bei einem Totalbombenschaden seines Büros in der Nürnbergerstr. sämtliche Unterlagen verloren, sodaß er sie nicht mehr vorlegen kann. Sicher ist, daß die Geschäfte des Dr. Tumarkin keinesfalls von nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen beeinflusst waren und daß von dem Antragsgegner, Herrn Dr. Vater, Herrn Tumarkin, mit dem er bis zuletzt befreundet war, nur geholfen worden ist.

Zeugenaussage des ehemaligen Sekretärs von Dr. Tumarkin (Nicolaï Schulz), aufgenommen vom Rechtsanwalt Dr. Leopold im Februar 1956: Dr. Tumarkin hat damals die Absicht gehabt, das Grundstück Ackerstr. 132/133 dem Dr. Vater zu übertragen. Da man die Bezahlung der Grunderwerbssteuer ebenso wie die Bezahlung einer Ausgleichsabgabe, die vermutlich zum Zuge gekommen wäre, vermeiden wollte, hat man davon abgesehen, einen offiziellen Kaufvertrag abzuschließen, das Grundstück aufzulassen und das Eigentum im Grundbuch umschreiben zu lassen. Der Gene-

←A 29

←A 30
→A 31

←A 32

←A 33

←A 34

→A 35

←A 36

→A 37

←A 38

ralbevollmächtigte des Herrn Dr. Tumarkin Herr von Gloeden, hatte aber von Dr. Tumarkin den Auftrag, die Auflassung des Grundstückes nachzuholen, sobald Dr. Vater das für zweckmäßig hielt und wünschte. Tatsächlich bedeutet die Übergabe des Grundstücks an Dr. Vater die Belastung des Grundstückes zu Gunsten von Dr. Vater, die Einräumung und Überlassung des Nießbrauchs nichts weiter als die Übertragung des Grundstückes unter Umgehung der Grunderwerbssteuer usw. Weshalb der Nießbrauch zunächst der Allgemeinen Kreditanstalt in Leipzig eingeräumt worden ist und von ihr dann dem Antragsgegner (Dr. Vater) überlassen wurde, weshalb der Antragsgegner einen Schuldtitel erwirkt hat, um auf Grund dieses Schuldtitels eine Zwangshypothek eintragen zu lassen, weshalb einige Belastungen nicht auf den Antragsgegner selbst, sondern auf seine Ehefrau übergegangen und eingetragen worden sind, hat der Unterzeichnete nicht klären können. Darüber ist auch Herr Schulz nicht unterrichtet. Herr Schulz weiß nur, daß der Antragsgegner außerordentlich nahe Beziehungen zur Allgemeinen Deutschen Kreditanstalt in Leipzig hatte und daß die Allgemeine Deutsche Kreditanstalt infolgedessen sich bereit gefunden hat, an der Übertragung des Grundstückes von Dr. Tumarkin auf Dr. Vater zu Bedingungen, die der Antragsgegner wahrheitsgemäß mitzutellen haben wird, unter Umgehung der Grunderwerbssteuer und der Ausgleichsabgabe, mitzuwirken . . .

5.11.1957: Das Verfahren endet mit einem Vergleich. Die Parteien haben sich dahin verständigt, daß die Antragssteller das Grundstück Ackerstr. 132/133 dem Antragsgegner gegen Zahlung einer Abfindungssumme von 25.000,— DM überlassen.

eventuell herabfallenden Kalkstücken Verletzungen oder andere Unfälle hervorgerufen werden. — In fast allen Wohnungen klagen die Mieter über Rauchbelästigungen beim Feuern der Kochmaschinen und beim Heizen der Öfen. Weiterhin ist das aus der Wasserleitung fließende Wasser vollständig verschmutzt, triibe, dunkelgefärbt und ungenießbar. Alle diese Mängel sind dem Vermieter bekannt und ist zur Beseitigung bisher überhaupt noch nichts unternommen worden. Mahnungen durch die Mietervertretung sind regelmäßig fast täglich erfolgt. Ich beantrage: dem Vermieter aufzugeben, in möglichst kurzer Frist die oben angeführten Mängel beseitigen zu lassen.

→A 39 Auch nach dieser Eingabe erfolgt nichts Grundlegendes. Tumarkin versucht, die Erneuerung des Rohmetzes, die einige tausend Mark erfordern würde (und) für mich wirtschaftlich garnicht möglich und untragbar ist, zu umgehen. Angeblich sind die Ursachen der Verschmutzung nicht zu finden.

Ende Dezember 1932 reißt den Mietern der Geduldsfaden, und sie beschließen am 29.12.1932, ab 1.1.1933 solange keine Miete mehr zu zahlen, bis ihre Forderungen erfüllt sind:

- L 21
1. Vollständige Renovierung des gesamten Gebäudes,
 2. reines Trinkwasser,
 3. Rücknahme sämtlicher Exmissionsklagen,
 4. Streichung der rückständigen Mieten,
 5. Senkung der Mieten um 25%.

←A 40 Hinter diesem Beschluß stehen 227 der 230 Mietparteien.

Am nächsten Tag, dem 31.12.1932, bringt die „Rote Fahne“ die Nachricht von diesem Beschluß. Die Meldung zeigt, daß die Bewohner nicht allein stehen und es offenbar um mehr geht als um einen Streit zwischen ihnen und dem Hausbesitzer Tumarkin.

Der Streikbeschluß ist also nichts Neuartiges. Bevor wir auf die Berichterstattung über den Verlauf des Streiks in Meyer's-Hof eingehen, wollen wir versuchen nachzuzeichnen, wie sich die Streikbewegung der Berliner Mieter bis zum 31.12.1932 entwickelt hat. Nach diesem Mieterkampf sucht man in den Geschichtsbüchern vergeblich. Wir haben versucht, anhand der Tagespresse die Nachrichten darüber zurückzuverfolgen. In dem

„Roland“ und „Primus“ vor dem Streit

Ermittlung in der Primus-Siedlung nicht durchgeführt — Vor einem Massenkampf der Neubausmieter — Neue Streikbeschüsse am Hohenstaufenplatz — Mietershof-Mieter beschließen Kampf

In der Roland-Neubausiedlung in Reinickendorf-Ost, deren Direktion unerhört hohe Mieten fordert, wollte gestern der Gerichtsvollzieher die Ermittlung eines Mieters durchführen. Eine heilige Protestaktion der Roland-Mieter, die sich vormittags in großen Scharen bei dem von Obdachlosigkeit bedrohten Mieter ansammelten und eine Delegation zum Verwalter schickten, lehrte durch, daß die Ermittlung auf den 18. Januar verschoben wurde.

Die Roland-Mieter in Reinickendorf haben Abtägens, ebenso wie die Primus-Mieter am Schönholzer Weg, Kampfbeschüsse für Herabsetzung der Mieten gefaßt. Sie fordern eine Senkung um 20 Prozent. Der Mieterat, dessen Zusammensetzung auf überparteilicher Grundlage erfolgte, hat unter Zustimmung der überwiegenden Mehrheit der Mieter beschlossen, daß am 1. Januar der Mieterstreik beginnt, falls die Forderungen nicht bewilligt werden.

★

Die Mieter rund um den Hohenstaufenplatz in Neutßan haben in der letzten Zeit ebenfalls häufig Stellung genommen

zu den schwebenden Mieterfragen. Die Wohnungen und auch die Häuser befinden sich in einem miserablen Zustand. Die Mieter sind von werktätigen Mietern kaum noch zu erschwingen. Im Hause Schönkeinstake 8 wurde bereits vor einigen Tagen der Mieterstreik beschlossen.

Vor zwei Tagen fand eine neue Versammlung statt, zu der die Mieter aus verschiedenen Häusern geladen waren. Der Versammlungsraum erwies sich als zu klein, so daß eine Parallelversammlung stattfinden mußte. Neben den zentralen Forderungen der Groß-Berliner Mieter wurden konkrete Forderungen für die einzelnen Häuser aufgestellt. Die Mieter erklärten sich einstimmig dafür, der Mieterausschuß wurde erweitert und wird nunmehr diese Forderungen den Hauswirten unterbreiten. Falls die Forderungen abgelehnt werden, wird ab 1. Januar der Streik in vier Häusern durchgeführt werden.

★

In Mietershof, Adlerstraße 132, haben die Mieter in einer Mieterversammlung den sofortigen Mieterstreik beschlossen.

bürgerlichen Blättern finden sich nur ganz vereinzelt Kurznachrichten, im Vorwärts und im „Angriff“ nur sporadische Berichte über zwei Streiks in der zu Wohnzwecken umgenutzten Kaserne Neue Friedrichstraße 99 und der „Wanzenburg“, dem ehemaligen Stadtgefängnis, deren Zellen ebenfalls vermietet sind. Fast täglich finden sich dagegen in der Roten Fahne Berichte von Häusern, die den Mietstreik beschlossen oder erfolgreich beendet haben, von Exmittierungen, die verhindert, oder leerstehenden Wohnungen, die besetzt wurden, ohne daß man jedoch behaupten könnte, es habe sich dabei um eine ausgesprochene KPD-Kampagne gehandelt.

Verfolgt man diese Nachrichten zurück, so findet sich die erste in der Roten Fahne vom 29.7.1932.

Mieter beschließen Streik! – Am Mittwoch beschloß eine von 180 Mietparteien besuchte Versammlung der Mädlerschen Häuser AG. und mehrere Häuser der Swinemünder Straße einstimmig, am 1. August gegen die hohen Mieten in den Mietstreik zu treten. Die anwesenden Mieter zeichneten sich zum großen Teil in ausliegende Listen ein. Die Mieterräte werden beauftragt die zur Versammlung nicht erschienenen Mieter zur Einzeichnung aufzufordern. ←L 23

Die Streikbewegung beginnt mit dem Beschluß der Mieter der 14 Mietshäuser der Swinemünder Straße in dem kurzen Abschnitt zwischen dem Zionskirch- und dem Arkonaplatz, die der „Mädlerschen Grundstücks Verwertungs AG“ gehören. Am 13.8.1932 erscheint der erste Bericht über den Streik:

300 Familien zahlen keine Miete. Massenkampf um Verbilligung der Miete in der Swinemünder Straße. Seit dem 1. August verweigern 300 Mieter aus der Swinemünder Straße zwischen dem Zionskirch- und Arkonaplatz die Zahlung der Mieten. Sie verlangen eine Senkung von 30 Prozent der Friedensmiete. ←L 24

Die Bewohner der umliegenden Straßen sind gleichfalls in Bewegung geraten. In jedem Haus wurde ein Mieterrat gewählt, um den Kampf gegen diese Mieten vorzubereiten.

Für eine Wohnung, Stube und Küche im Hinterhof, tiefparterre, verlangt die Mädler-Grundstücks-AG 25 Mark Miete. Für ein kleines Zimmer im Vorderhaus 13 Mark, ja sogar 80 Mark für drei Stuben und Küche.

Hofversammlungen werden abgehalten. Erst auf der einen Seite der Straße, dann auf der anderen. Dabei wurde eine Kampfleitung gewählt, die aus 36 Mietern besteht. Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Unorganisierte sind darin vertreten.

68 Prozent der um Mietsenkung Kämpfenden sind erwerbslos. Bei einer Verhandlung mit dem Verwalter der Mädler-AG sagte dieser: „Sagen Sie mal, um 30 Prozent wollen Sie die Miete gesenkt haben? Das ham Se sich wohl nich richtig überlegt?“

„Was, wenn 68 Prozent der Mieter erwerbslos sind, dann wolln Se sagen, 30 Prozent det is zuviel? Wir können Ihnen noch nich mal sagen, ob och die restlichen 70 Prozent bezahlt wer'n könn.“ Das war die Antwort vom Mieterausschuß.

Ergebnislos sind bisher alle Verhandlungen gewesen. Die Erwerbslosenfamilien, die eine wöchentliche Unterstützung von 12 bis 15 Mark erhalten, können davon keine Miete zahlen. Eine alte Frau sagte: „Erst kommt bei uns det Essen. Ick muß meine Kleene schon für'n Sechser Schmalz hol'n schicken. Miete könn' wa keene bezahlen.“

Die Mieter sind fest entschlossen, bis zur Erfüllung ihrer Forderungen durchzuhalten.

Ursache des Streiks sind zum einen die zu hohen Mieten der Gesellschaft, zum anderen die Zahl der Erwerbslosen, die im Jahr 1932 ihren Höhepunkt erreicht. Eine alte Frau formuliert den Leitsatz, unter dem sich der Mietstreik in den nächsten Monaten auch in anderen Gegenden der Stadt ausweitete: *Erst kommt bei uns det Essen.*

Die Polizei versucht zunächst eine Ausweitung der Streikbewegung durch Verhaftungen zu verhindern. Am 18.8.1932 verhaftet sie fast alle Mieter des Hauses Lychener Str. 18, die eine Mieterversammlung abhielten, und am darauffolgenden Tag löst sie eine Konferenz von Mieterräten in der Liebenwalder Str. 41 durch Verhaftung der 63 Anwesenden auf. Die ←L 26

Streikende Mieter für Liste 3



Das ist der Hinterhof des Hauses Manteuffelstraße 4. Die Mieter stehen wie tausende andere in Berlin im Streik zur Herabsetzung der Mieten. Sie wissen, daß nur die KPD, die Interessen der werktätigen Mieter vertritt. Deshalb ruft von ihren roten Fahnen die Parole: *Fest Essen, dann Miete. Wer zur Herabsetzung der Miete ist, wählt Liste 3!* Die Mieter von der Manteuffelstraße 4 rufen noch werktätigen Mietern ganz Berlins zu: *Flaggt rot gegen die Wucherermiete. Flaggt rot für Liste 3!*

→B 7 Die Manteuffelstr. 4 streikt seit dem 1.10.1932

Welt am Abend 17.10.1932

Ursachen der Mietstreiks: Zwei Pfennige Mietbeihilfe.

→L 25 *An den Mietstreiks, die immer mehr an Ausdehnung gewinnen, sind in erster Linie die Erwerbslosen beteiligt. Diese Beobachtung lenkt den Blick auf die Ursachen dieser Streiks. Der Kampf begann, als vor einigen Monaten die Behörden mit der verschärften Prüfung der Bedürftigkeit einsetzten, eine Methode, die in viel stärkerem Maße die Unterstützungen gesenkt hat als der unmittelbare Abbau der Unterstützungssätze.*

Ganz besonders haben die Wohlfahrtsämter die Mietbeihilfen eingeschränkt, die bis zur Höhe von 20 Mark monatlich gewährt werden, wenn die Miete 30 % der Gesamtunterstützung eines Haushalts überschreitet. Die rigorose Anrechnung jeder Art Nebeneinkommen der Haushaltsangehörigen, die willkürliche Anwendung des Grundsatzes der „unangemessenen Wohnungsgröße“ bei den Prüfungen usw. haben zur Folge gehabt, daß die Gewährung von Mietbeihilfen zur Ausnahme geworden ist...

Die geringsten Aufwendungen macht der Bezirk Wedding, genau zwei Pfennige entfallen hier auf den Kopf des laufend Hauptunterstützten im Monat, wobei nicht nur die Erwerbslosen, sondern auch die Kategorie von Wohlfahrtsempfängern berücksichtigt worden sind, also Rentner, Kriegsbeschädigte usw. An der Spitze stehen Steglitz mit 2,04 Mark und Kreuzberg mit 2,03 Mark...

Der Artikel geht dann auf weitere Einzelheiten ein und faßt zusammen, daß der Abbau der Mietbeihilfen im Berliner Durchschnitt 18 % beträgt, im Wedding 80%.

Erich Weinert
Geschichte eines Mieterstreiks (1932)

Eines Morgens um sechs –
die Jungens kamen vom Zeitungsaustragen –
Hielt vor der grauen Mietskaserne
ein Plattenwagen.
In der Haustüre standen zwei Polizisten
und ein Mann vom Gericht;
Die gingen drei Treppen hinauf und klopfen.
Man öffnete nicht.

Der Schlosser kam und brach auf.
Das ganze Treppenhaus roch nach Gas.
Menschen kamen und schnupperten. Sahen sich an.
Keiner sagte etwas.

Ein Schupo kam wieder herunter und hustete.
„Is was passiert?“ –
„Exmittieren wird nich mehr nötig sein!
Sind schon krepier!“

Die Tage darauf war es stiller;
gedämpfter Zank und Geschrei;
Wenn einer mit dem Verwalter Krach hatte,
liefen sie alle herbei.
Und eines Abends brüllte einer durchs ganze Haus:
„Hört mal zu! Morgen früh schmeißen sie
im dritten Hof einen raus!“

Am nächsten Morgen waren schon alle Hausflure
und Treppen besetzt.
Die Polizisten kamen und der Mann vom Gericht.
„Wer hat euch hier aufgehetzt?“
Ein alter Mann trat vor und sagte:
„Wollen Sie's probieren?“
Gegen uns alle? Wir lassen hier keinen mehr
exmittieren!“

Um neune gingen die Polizisten.
Der Wagen fuhr leer wieder weg.
Ein Mann rief hinterher: „Nich wiederkommen!
Hat doch keinen Zweck!“
Im Hof stieg einer auf den Müllkasten und sprach:
„Das ist euch doch klar,
Mit der Einigkeit ist allerhand zu erreichen,
nich wahr?“

Am Tage darauf kamen alle zusammen im Hof
Nummer vier.
Und der alte Mann stieg auf den Müllkasten
und schwang ein Papier.
„Arbeiter, hier hab ich einen Brief
an den Wirt geschrieben. Hört her!
Wir zahlen bloß noch die halbe Miete.
Wir können nicht mehr!“
Auf diesen Brief war vom Wirt
ein kurzer Bescheid gekommen:
Er verhandle nicht; er hätte gerichtliche
Schritte unternommen.

Und wieder versammelten sie sich.
„Der kann doch bei uns nicht landen!
Wir zahlen jetzt überhaupt nischt mehr.
Wir streiken! Verstanden?“

Der Hauswirt setzte Gericht und Polizei in Bewegung.
Der Verwalter rannte von Tür zu Tür, rot vor Erregung.
Es war alles umsonst. Keiner zahlte.
Da kam ein Schreiben:
„Mieten um fünfzig Prozent gesenkt.
Rückstände nicht mehr einzutreiben!“

Und wieder versammelten sich alle.
Da sagte der alte Mann:
„Das war der erste Erfolg.
Es kommt nur auf die Einigkeit an!
Und das gilt überall, nicht bloß beim Kampf
um Kammer und Küche!
Gegen unsere Geschlossenheit geht jede Macht
in die Brüche.“

←L 27 Polizei kann nicht verhindern, daß wiederum am nächsten Tag, dem 20.8. 1932, die 120 Familien, die in dem seit dem Jahr 1900 umgebauten Gefängnis der Stadtvogtei am Molkenmarkt 1 wohnen, das jetzt den Namen *Wanzenburg* erhält, die Beseitigung der unhaltbaren Wohnzustände und
→L 28 Herabsetzung der Miete fordern: *Wir haben beschlossen, jeder zahlt nur soviel Miete, wie hoch er seine Wohnung einschätzt. Wer nicht zahlen kann, zahlt eben überhaupt nichts. Erst kommt das Essen, dann kommt die Miete.* Seit dem 1.9.1932 wird in der „Wanzenburg“ gestreikt. Einer der Mieter räte gibt dem fragenden Reporter am 7.9. Auskunft:

→L 29 „Unsere Forderungen als Mieter? Paß uff:
1. Allgemeine Mietsenkung um 50 Prozent.
2. Durchgreifende Renovierung der gesamten Baulichkeiten
3. Einlegen von Dielen in den Räumen.
4. Wasserleitung für alle Wohnungen.
5. Renovierung von Türen und Fenstern.
6. Einbau von Klosetts, wobei auf höchstens zwei Mieter ein solches kommen darf.
7. Einbau von Waschküchen, die technisch so eingerichtet sein müssen, daß sie den Erfordernissen von 110 Mietern entsprechen.
Außerdem fordern wir, daß der Erbpachtvertrag mit den Schippanowskyschen Erben ohne Entschädigung aufgelöst wird. Diese Forderungen haben wir dem Testamentsvollstrecker Dr. Langenbach übermittelt.“
Als dann keine Antwort erfolgte, sind die Mieter, wie angekündigt, am 1. September in den Streik getreten.

„Die Jeschäftsleute, die hier wohnen, ham Extravertrag. Von den 110 Familien, die hier einquartiert sind, streiken 80. Sogar die fünf Nazis hier im Hause streiken mit. Und die SPD.-Anhänger ham sich ebenfalls nicht ausgeschlossen!“

Einen Monat später, am 1.10.1932, erfahren wir Näheres über die Ausweitung der Streikbewegung:

→L 30 Die zweite „Wanzenburg“ im Mieterstreik. Gegen Mietwucher und verwehrte Wohnlöcher. Von 30 Kindern 12 tuberkulös.

Zahllose Abwehrkämpfe der Mieterschaft gegen den unerträglichen Mietwucher sind in ganz Berlin entbrannt. Aus zahllosen Mietkasernen werden Streiks berichtet. Eine Mieterkonferenz, die am Mittwoch im großen Saal von Kliems stattfand und an der sich rund 1000 Delegierte beteiligten, die 35 000 Mieter vertraten, zeigte das Ausmaß des Mieterkampfes. Unser Genosse – Reichstagsabgeordneter Schumann – rief den Delegierten in seinen mit Beifall begrüßten Ausführungen zu, daß jetzt die Mieterschaft gegen alle Maßnahmen erst recht aufs äußerste zum Kampfe gerüstet sein müsse.

Die „Rote Fahne“ hatte vor ihrem Verbot über den dreiwöchigen Kampf der Mieter der „Wanzenburg“ am Molkenmarkt 1 berichtet. Während dieser Kampf mit einer beispiellosen Herabsetzung der Miete um 40 bis 42 Prozent siegreich beendet ist, stehen jetzt die Mieter einer zweiten „Wanzenburg“, die Mieter des Hauses *Köpenickerstraße 34/35* seit dem 1. September im Streik. Meterlange, auf den Bürgersteig gemalte Pfeile weisen in eine kleine Gasse, ein Fabrikzugang, von dem man gleichzeitig in die bestreikten Häuser gelangt. Den schmalen Hof umschließen zwei große Mietshäuser und eine Fabrikmauer, auf der in meterhohen Buchstaben ihre Kampfsparole „*Erst das Essen, dann die Miete*“ prangt. Aus den Fenstern hängen 30 rote Fahnen. Vor einem Treppenaufgang steht: „Hier wird gestreikt, wir wollen leben“. Ueber einem Kellerfenster: „Hier verkommen unsere Kinder.“ Von 30 Kindern im Hause sind zwölf tuberkulös. Ein Pfeil zeigt fragend auf ein anderes Kellerloch: „Licht, Luft und Sonne für alle?“

Der Mieterausschuß sitzt von morgens bis abends an einem Tisch mitten auf dem Hof. Ein großes Glas voller Schwaben (d.s. Schaben), Käfer, Wanzen, die in den Wohnungen gesammelt wurden, und ein großes Buch vor sich. Alle Augenblick wird eine Führung mit den sich ständig einfindenden Arbeitern veranstaltet, die sich alle zum Protest in das Buch einzeichnen.

Von den 63 Mietsparteien, die in diesen hundert Jahre alten total baufälligen Häusern wohnen, stehen 58 im Streik. Sechs Mieter haben noch Arbeit, alle übrigen sind erwerbslos. Die meisten sind vier bis fünf Monate mit ihrer Miete rückständig. Die Zwangsverwaltung der Häuser verlangt

Eine Mietkaserne in Aüfzöche

Mietersturm gegen Hauspascha in der Lange Straße — Menschen in Hundeställen — Massenkampf gegen Wuchermieten und Exmittierungen

Am Montagabend kam es in einer Mietkaserne in der Langestraße im Osten Berlins zu einem Empörungsausbruch gegen die Willkür des Hausbesizers Ludwig Schiller. Dieser Herrscher hatte es gewagt, eine Verleinerung, die ihn nur über eine Exmittierung wegen der um die Zukunft hat, mit einer Beschlöge zu bedrohen. Schneller, als er die Rohlung selbst geglaubt haben mag, wurde sich seine Schandtat unter der Bevölkerung in der Langestraße herum. Tausende sammelten sich in den letzten Abendstunden vor dem Haus Nr. 91 und protestierten. Als noch bekannt wurde, welche Wuchermieten der Hauswirt Erwerbslosen für die elendesten Vöcher, die man sich nur vorstellen kann, abberlangt, konnte die Erregung keine Grenzen mehr. Mehrere Arbeiter drangen auf den Hof des Hauses. Das hochpreisige seltsame Klats des Hausbesizers wurde vollkommen bemöferti.

Zertrümmerte Fenster

Der Streik Nr. 91 ist ein Arbeiterhaus, wie es Tausende und Tausende in Berlin gibt. Hinter trüb verputzten Fassaden verbirgt sich ein schändliches Elend, innen gefährliche Krankheiten. Mehrere Arbeiterfamilien sind zusammengedrückt in kalt und dunklen Kammern.

Der Hof hat nur ein über Zehntel und nur ein einziges Wasserleitungssystem. Früher war es eine Arbeit, dort für die gefährlichste Hausarbeit „Wohnungen“ heraus zu schaffen.

Die Luft der Kaserne hat aus dem Hof heranzühen, und überall sind die letzten Verhältnisse zu finden, patrouillierten Verhältnisse.

Das ganze Verfalls des im hochpreisigen gelagerten Geldes der Kaserne hat nur ein gefälliger Baumstamm ein Teil der Wasserleitung, die vorher im Hof gelegen hat. Schändliche Verhältnisse sind zu erwarten, auch die Arbeiter im Vorderhaus sind nur zu erwarten, wenn die Arbeiter in der Kaserne sind. In einer Ecke des Hofes liegen aufgeschüttelt halboberhalb herausgerissene Gegenstände. Bei jedem Schritt tritt man unter den Füßen Glasstücke.

Man hat die Leute hier erfahren, daß die „Rote Fahne“ in der Kaserne ist nicht um die Besichtigung. Jeder hat etwas zu sagen. Alle wollen uns zeigen wie sie hausen müssen.

Neben dem Treppenaufgang im Courtyarde wohnt im Keller ein erwerbsloser Handarbeiter. Es ist kaum vorstellbar, daß ein Mensch in dieser Kaserne länger als ein Tag leben kann. Kein Licht, kein Luft zum Atmen, schmutzige Wände, ausgestreute, angefallene Exzime. Die meisten Vöcher sind dem vollkommenen Verfall preisgegeben. Zwei Räume — einer gleicht dem anderen.



Eine Wasserleitung für acht Familien

Trichter. Ein paar Schüssel davon holen sich die Bewohner Wasser für den täglichen Bedarf. Nicht selten kommt es vor, daß an der Leitung eine Kiste von Wasser mit Eimern in den Händen wartet. Heberstimmend verdrängen sich die Mieter: Kranke und Kinder sind hier zu Hause.

In der Größe der Wohnungen kann man die Gefährlichkeit und Statistat des Hausbesizers erkennen.

Es gibt fast nur Kottuben. Das heißt, Kottuben ohne Gefährlichkeit zum Kochen. Wenn man kochen will, muß sich erst einen Eimer kaufen. Das kann er beim Hauswirt. Der kauft er ein und gibt für den Mieter ab für 10 bis 12 Mark pro Stück. Eimer Kottuben, die in den engen Kuben besonders feuergefährlich sind. Ein Mieter zeigt uns eine solche Dade. Sie ist

genau 1,30 Meter breit und 3 1/2 Meter lang. Ein Beif, ein Stuhl, ein Ofen, mehr gibt nicht hinein. Schändlich leben die anderen Kottuben aus.

... und leere Küchenschränke

110 Familien überbeigt der Bau Ludwig Tausend und einvierzig. Zu werden können die Leute, die durchschnittlich 25 bis 35 Mark monatlich beträgt, nicht bezahlen. Sie haben kaum Zeit zu essen.

„Jetzt noch die Margarinepreise und der Hering soll auch bald mehr kosten. Wenn, wo soll denn der Hering zu kriegen? Ich bin doch noch frohdar Brot und Butter zu kriegen.“ sagt eine Frau, die dabei ist, einen Eimer mit schmutzigem Wasser an der Leitung auszugießen. Sie zeigt mit ausgestrecktem Arm in ihre elendliche Kottube und sagt erbittert: „Ich kann nicht in die Küche! Hier, der Hering war nicht mehr lange aus!“

„Und auf dem Korflüsterbaum stehen die Jahre und zwölf Zimmerwohnungen leer.“ führt eine andere Stimme dazu.

Die gemeinsame Not hat die Mieter des Hauses Lange Straße Nr. 91 sehr zusammengeschweißt. Eine aus diesen Kottubens beherrschende Mietervertreterin nimmt energisch die Interessen aller wahr.

„Die Hauswirt? — Me befragt: hier freier,“ antwortet uns ein Vertretermann der Mieter.

Der erbitterte Kampf in der Langestraße müht seit langem. Geplante Exmittierungen konnten hier nie durchgeführt werden. Am vergangenen Freitag, als der Hausbesitzer vier Kottubensbewohner auf die Straße setzen wollte, protestierten hunderte Gewerkschafter.

Mit der Gaspistole gegen Mieter

Wutentbrannt über die Entschlossenheit seiner Mieter hat der Hausbesitzer so, an häufig die Bewohner mit der Waffe bedroht. Das schändliche jedoch seiner Mieter, ein, sondern bezieht die Erregung. Einem der Mieter gegenüber erlaubte sich Schiller folgende Keulung: „Für Menschen darf ich keine für mich: Hände schälen.“ Andere Bewohner berichten, Schiller habe erklärt, er würde bald das ganze Haus räumen, wenn eine Herberge daraus machen aber es nicht fertig übergeben. Die Kündigung von mehreren Bewohnern, unter denen sich mehrere Mietervertreter befinden, heißt, daß Schiller es mit seinen Plänen ernst meint.



Das Büro des Hausbesizers



Das „Klosett“ für 25 Familien

wie ein Ei, in dem einen Hof der Hauswirt bis an die Tode letzte Küche angeschlossen. Ein dunkler gebrauchter Flechtstuhl liegt hinten und verperrt den Weg zum Fenster. Das nur mal der Hausbesitzer des Hausbesizers, wie mit erfahren. Heute muß der erwerbslose Handarbeiter 25 Mark Miete im Monat dafür bezahlen.

Die Mieter, vier fünfjährige junge deutsche Doggen, tummeln sich lärmend in einer abgeputzten Ecke des Hofes. Ihnen geht es besser als allen Bewohnern der Kaserne.

Im Courtyarde für 25 Familien ein Klosett. Eine Kuh ist da zum Urinieren. Die Straße ist halb verstopft.

Seuchenherd

„Es kommt noch schlimmer“, sagt ein Mieter und geht uns am Kopf eine Treppe höher. Links und rechts vom Treppenaufgang liegen Hundstühle. Auf dem linken befindet sich in einer Ecke ohne Hygienevorrichtung nach eine logenartige Toilette, hier gibt es nicht mal einen Spülapparat auf dem mit fingerblutigen Fuß bedeckten

„... jedem Deutschen eine gesunde Wohnung“

Der Hauswirt, der übrigens im Osten Berlins in der Nähe des Schillerden Platzes noch mehr ähnliche Katastrophen besitzt, hat alle mit: unruhig, wenn er meint, für Menschen Sorge und für Hundes Häuser. Lange Straße 91 ist mit ein Saig, ein gefährlicher Seuchenherd.

Während hier Arbeiterfamilien ohne Licht und Luft dahinsvegetieren, haben im Keller: Weizen Jehn, Jodell und Rindfleischmehl Wohnungen leer, während die Kinder der Erwerbslosen in düsteren Vöchern von Krankheiten und Hunger geplagt sind, kummeln sich die Kinder der Reichen in sonnigen Räumen.

So wie die Mieter von der Lange Straße 91, leben hunderte tausende Arbeiterfamilien in Berlin. Ihre Qual wird noch vergrößert durch die letzten Mietsen, durch Schikanen der Hausbesitzer.

In der deutschen Reichsbevölkerung oder heißt: Jedem Deutschen eine gesunde Wohnung.

In den Voraussetzungen des Berliner Weidens sind die Ziele nicht gerade, und in den Grundbesitzern der Arbeiterwelt nehmen jetzt noch die schändlichen Mietsverordnungen die Margarine, den Hering und das Salz aus den Küchenregalen. Keine Sonne, aber Hunger ist der tägliche Gast in den Kottuben der Arbeiterwelt.

Kommunen von denen, die während der Wahl noch das Maul nicht weit genug aufreißten, konnten, um den wertvollen Stellen einzulegen. Im Kampfen gegen die Mietsverordnungen, können sich heute um dies. Die Kasse ist aber ein Staatspräsidium, um die Arbeiter, fordern das Stimmrecht und den Hausbesitzer jähend gegen die Kommunen. Die aufgereizten SA-horden meilen Bomben gegen Arbeiterhäuser und tragen den Krieg in die Grundbesitzer.

Die SPD-Jähler geben sich Mühe, um die empörten Arbeitermassen vom Kampf gegen das schändliche Elend abzuhalten.

Neue Mietsverordnungen, neuer Abbau, neue Steuern für die Werkstätten sind in Sicht. Die Durchführung von Sozialer Mietsverordnungen, die die Kapitalverteilung noch nicht einzuweisen magte, droht.

Her mit den gesunden Wohnungen!

Die Kommunisten sind die einzigen, die sich für die Opfer der Mietsverordnungen einsetzen.

Wir fordern die Wohnungs-Unterstützung für die Weidern.

Wir verlangen gesunde Wohnungen für die Arbeiter.

Wir fordern die Bekämpfung der leerstehenden Arbeiterwohnungs im Westen Berlins für die Gewerkschafter.

Wir fordern die Bekämpfung der letzten Mietsen, die Bekämpfung der Mietsverordnungen.

Die Kommunisten fordern die Rückgängigmachung sämtlicher Mietsverordnungen.

Wir sind, die wertvollen Mieter Berlins, die ihr für eure Grundbesitzer keine Mieten bezahlen sollt, euren die Kommunisten den Ruf: Schließt euch zusammen! Erklärt in Massenaktion die Willen für jeden Arbeiter gesunde Wohnung, Arbeit, Brot und Freiheit!

Ruth Fischer und Dr. Franz Heimann (1933):
Budget einer Familie, die nicht arbeitslos ist

Der Metallschleifer Mielenz hat eigentlich seit Jahren gute Arbeit. In den Jahren der größten Erwerbslosigkeit verdiente er verhältnismäßig gut. Er arbeitet im Akkord bei Bergmann-Rosenthal und verdient etwa 46 Mark in der Woche. Die Arbeit ist schwer. Der Lohn ist weit höher als in den meisten Arbeiterkategorien.

Mielenz ist 45 Jahre alt, er ist ein qualifizierter Arbeiter.

Seine Frau ist 38 Jahre alt. Auch sie verdient ordentlich, etwa 38 Mark im Monat. Solche Frauendienste sind kaum noch anzutreffen. Frau Mielenz geht als Reinemachefrau und hat hart zu arbeiten, um die 38 Mark herauszuholen.

Das Ehepaar verdient also in der Woche zusammen etwa 55 Mark. Derartige Einkommen sind so selten geworden, daß man den Fall fast als abnorme Ausnahme zu betrachten hat.

Wie sieht das Budget dieser Familie aus?

Die Familie besteht aus den beiden Eltern, einer 17jährigen Tochter, die keine Arbeit hat (die Eltern würden gerne sehen, daß sie „etwas Besseres“ lernt, etwa Stenotypistin oder Kindergärtnerin); einer 13jährigen Tochter, die noch in die Schule geht; aus zwei Knaben von 6 Jahren, Zwillingen, die gerade in die Schule gekommen sind, aus einer viereinhalbjährigen Tochter, einem dreieinhalbjährigen Sohn und einem Jungen von 8 Monaten.

Die Familie Mielenz besteht also aus 9 Personen.

Das Einkommen beträgt 55 Mark. Bei „oder Gleichmacherei“ kämen auf den Kopf der Familie etwas über 6 Mark wöchentlich. Diese Gleichmacherei hat aber keinen Sinn, nicht einmal für eine oberflächliche Statistik. Man muß das Budget der Familie im einzelnen betrachten, um zu sehen, wie das hohe Einkommen verwendet wird.

Die Familie ist „ordentlich“. Der Vater trinkt nicht, geht nicht aus, schlägt die Kinder nicht, raucht nicht, berrugt die Frau nicht. Die Frau führt mit der ältesten Tochter den Haushalt, zu anderem kommt sie nicht. Die älteste Tochter putzt sich nicht, geht kaum aus, hilft der Mutter, kurz, wir haben ein Familienleben vor uns, das das Wohlgefallen selbst der konservativsten Kreise erregen mußte, lauter Muster an traditioneller Tugend, sparsame, ordentliche Leute; auch eine nicht ganz normale Erscheinung in unserer ganz und gar nicht „normalen“ Zeit („die Zeit ist aus den Fugen“). Man sollte glauben, diese Musterfamilie müsse, nach den ewigen Grundsätzen himmlischer und irdischer Gerechtigkeit („ich bekenne mich zu dem Glauben an ewige Rechtsnormen, aus denen auch der altpreußische Grundsatz geformt ist: Jedem das Seine“, sagte der Reichskanzler von Papen in einer seiner Rundfunkreden), auf Erden bereits das Wohlergehen kennenlernen, das sundigeren Menschen erst im Paradies blüht.

55 Mark wöchentlich stehen zur Verfügung. Das sieht nur so aus. Die 38 Mark, die Frau Mielenz im Monat verdient, gehen genau auf, wenn die Miete bezahlt wird. 38 Mark zahlt die Familie für 2 Stuben und Küche. Daß Miete bezahlt werden muß, ist ein „ewiger“ Grundsatz im Sinne altpreußischer Auffassung („jedem das Seine“), daß aber diese Zahlung ein schauderhaftes Loch ins Budget reißt, ist eine Nebenerscheinung, die sich aus dem ewigen Grundsatz ergibt.

Die Miete ist bezahlt. Einmal, weil es sich hier um eine ordentliche Familie handelt, die eher hungern würde, als den Termin der Mietzahlung versäumen, zum anderen aus dem weniger erhabenen Grunde, daß sie exmittiert werden würde, wenn sie nicht zahlte. So greift eins ins andere, die „ewigen“ Werte und der Gerichtsvollzieher (wenn auch in diesem Falle sozusagen nur als platonische Idee), die Pünktlichkeit des Zahlens und die Unterernährung einer unter den heutigen (auch „ewigen“) Umständen gut verdienenden und selbst im altpreußischen Sinne lobenswerten Familie („jedem das Seine“).

Wir sprechen immer von Unterernährung. Mit welchem Recht?

Die 38 Mark, die Frau Mielenz im Monat verdient,

für zwei Mansardenkammern und Küche mit schrägen Dächern 27 Mark Miete. Für zwei Kellerlöcher, 1 1/2 x 2 Meter groß, 13 Mark im Monat. In sämtliche Mansardenwohnungen regnet es rein; bei einer Arbeiterin mit zwei Kindern direkt in das Kinderbett. Für 14 Mietsparteien steht eine serleitung zur Verfügung. Für die 160 im Hause lebenden Personen sind nur sechs, zum großen Teil zerfallene Toiletten, vorhanden.

Gegen den Mietwucher und die unerhörten hygienischen Verhältnisse stehen die Mieter im Streik. Sie verlangen:

1. Herabsetzung der Mieten um 50 Prozent. 2. Niederschlagung der rückständigen Miete. 3. Renovierung des gesamten Häuserblocks und ausreichende Toiletten.

Sie sind gewillt, solange im Streik zu verharren, bis ihre Forderungen restlos erfüllt sind. Weiterhin, sagen sie, werden sie keine Exmissionen zulassen.

Die Köpenicker Straße 34/35 wird Anlauf- und Kontaktstelle, wo sich Mieter aus anderen Teilen der Stadt über die Methoden des Kampfes informieren können.

→L 33 Vom Kampf der Köpenicker Straße. Die gesamten werktätigen Mieter Berlins verfolgen mit größter Aufmerksamkeit den Kampf in der Köpenicker Straße 34–35. Gestern vormittag erschien eine Delegation von etwa 30 proletarischen Mietern, hauptsächlich Frauen, in dem bestreikten Haus, um sich über die Methoden des Mieterkampfes zu informieren. Die Delegierten, die auch in ihren Mietskasernen den Kampf aufnehmen wollen, waren von einer Wohngebietsversammlung der Arndt-, Bergmann-, Schenkendorf-, Belle Alliance- und Willibald-Alexis-Straße geschickt.

Nach einer kurzen Begrüßungsansprache besichtigten die Delegierten das Haus. In der Begrüßung wurde besonders die Wirksamkeit der Einheitsfrontaktion betont und gleichzeitig darauf hingewiesen, daß allein die Kommunistische Partei den Kampf der Mieter unterstützt.

Die augenblickliche Streiklage im Hause Köpenicker Str. 34–35 ist folgende: der Bezirksausschuss hat einen Antrag angenommen, wonach der Berliner Magistrat ersucht wird, 9000 Mark für die Wiederherstellung der Wohnungen zu bewilligen, ebenso alle Schritte zu unternehmen, um Exmissionen der Mieter zu verhindern. Der Bezirksbürgermeister Jordan betonte aber sofort, daß Sonderunterstützungen nur „bei besonderer Notlage“ gewährt werden.

Bereits am 25.10.1932 berichtet die Rote Fahne von einem Teilerfolg in der Köpenicker Straße. Die Forderungen nach Streichung der rückständigen Mieten und Aufhebung sämtlicher Exmissionsklagen werden bewilligt, die Renovierung des Hauses soll sofort in Angriff genommen werden, dafür werden 9000 RM vom Bezirksparlament zur Verfügung gestellt. Das Haus gehört der Stadt Berlin, das macht das Einlenken verständlich. Statt der 50% Mietsenkung werden nur 10% zugestanden, die Mieter aber sind entschlossen, auf ihrer Forderung zu bestehen.

S. 520 → Zum 1.11.1932 treten eine ganze Reihe von Mietshäusern, zum Teil ganze Straßenzüge wie in der Kösliner Straße und der Fischerstraße, in den Streik.

Ende November greift die Streikbewegung auch auf die großen Neubausiedlungen der Wohnungsbaugesellschaften über. Inzwischen unterstützt nicht nur die KPD, sondern auch die Parteiführung der SPD den Mieterstreik. Am 30.11.1932 berichtet der Vorwärts unter dem Titel *Neubaumieter im Kampf*:

→L 34 Die Bewegung der Berliner Neubaumieter zur Senkung der hohen Mieten gewinnt immer mehr an Ausdehnung. Nachdem erst kürzlich die 7000 Wohnungsinhaber der Gagfah-Gesellschaft in einer Massenversammlung ihre Forderungen angemeldet haben, nahmen jetzt die Mieter der Roland-Gesellschaft im großen Saal des Restaurants „Tusculum“ in Tegel Stellung zu den Mieten ihrer Baublocks. An dieser Bewegung sind rund 2800 Wohnungsinhaber beteiligt.

Auch hier hat sich eine Interessengemeinschaft der Mieter gebildet, die trotz rechtlicher Schwierigkeiten sehr rührig ist. Denn das Mieterschutzgesetz sieht nur für Altbauten eine Mietervertretung vor, der vom Hauswirt auch entsprechende Unterlagen zur Verfügung gestellt werden müssen, während die Neubaumieter so gut wie rechtlos sind. Die Bewegung in den Roland-Bauten begann Anfang des Jahres mit einem Streik

um 16 000 Mark. Die Mieter stehen auf dem Standpunkt, daß auch diese 16 000 Mark zur Mietsenkung hätten Verwendung finden müssen, zumal die seinerzeit durch Notverordnung durchgeführte Mietsenkung ihnen zu niedrig erschien. Einer Beschwerde an den Oberbürgermeister wurde insofern stattgegeben, als der Standpunkt der Mieter für den Baublock *Prenzlauer Berg* für gerechtfertigt angesehen wurde, der Einspruch für die anderen Blocks aber abgelehnt wurde. Jetzt beschwerten sich die Mieter beim Oberpräsidenten, der aber immer noch keine Entscheidung gefällt hat, da juristisch der Fall der 16 000 Mark noch nicht geklärt ist. Es ist nämlich strittig, ob es sich hierbei um die Zinsen für eine Sicherungshypothek oder um ein rückzahlbares Baudarlehen handelt.

Inzwischen sind aber viele Mieter notleidend geworden. Die Mieter hatten die Wohnungen in der Zeit der Konjunktur übernommen, jetzt in der Krise jedoch können sie die teuren Wohnungen nicht mehr halten. Verschiedentlich sind auch schon Exmissionen erfolgt, wobei die unglücklichen Exmittierten von den Neubauwohnungen teilweise in Wohnlauben ziehen mußten, weil sie anderweit kein Unterkommen fanden. Dies wurde von der Versammlung um so mehr bedauert, als gerade diese unmittelbaren Opfer der überteuerten Neubaumieten nun für den Kampf der übriggebliebenen Mieter ausscheiden. Nach einer Aufstellung, die im übrigen die Interessengemeinschaft der Mieter gemacht hat, müssen die Wohnungsinhaber 30 bis 50 Proz. ihres Einkommens für den Mietzins aufwenden. Da dies auf die Dauer untragbar ist, forderte die Versammlung eine Mietsenkung von 10 Proz. für die Roland-Wohnungen. Die Mietervertretung erklärte, daß die Gesellschaft hierzu in der Lage sei, da sie ansehnliche Beträge zum Beispiel an Reparaturkosten aufgespart hätte.

Noch deutlicher wird die Position der Sozialdemokraten, die sich auf die Neubau-Verhältnisse konzentrieren, in den Anträgen, die sie im Reichstag stellen.

Im Vorwärts vom 11.12.1932 wird unter der Schlagzeile *Kampf gegen das Mieterelend* berichtet:

Immer unerträglicher wird die Notlage der Mieter, immer empörender die Untätigkeit der Regierung gegenüber der brennenden Frage der Mietsenkung. Wie lange soll der Zustand noch andauern, daß, während auf die Besitzenden aller Kreise Geschenke über Geschenke, auf Landwirtschaft, Industrie und Banken Subventionen über Subventionen gehäuft werden, die Mieter dem größten Elend preisgegeben werden, weil sie, verarmt durch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Lohnabbau, die überhöhten Mieten nicht mehr erschwingen können. Die Sozialdemokratie hat seit dem Erlaß der Dezember-Notverordnung den Standpunkt vertreten, daß die dort verordnete Mietsenkung unzulänglich ist, insbesondere für die Neubauwohnungen, und großzügige Abhilfemaßnahmen gefordert, die sich im vorigen Reichstag zu einem großen Mietsenkungsprogramm verdichtet haben. Dieses Programm ist nun in neuen Reichstagsanträgen noch weiter vervollständigt worden und sieht als wichtigste Maßnahmen folgende vor: In allen Neubauten sollen die Mieten der Kleinwohnungen (bis 70 Quadratmeter, bei Kinderreichen 100 Quadratmeter), soweit sie in starkem Mißverhältnis zu den Mieten der Altwohnungen stehen, durch Zinsbeihilfen gesenkt werden. Die Beihilfen sind so gedacht, daß die Hypothekenzinsen, die die Hausbesitzer zu tragen haben, im allgemeinen um 2 Proz. gesenkt werden, wofür das Reich die Mittel aus der Wiedererhöhung der Industrieumlage (von 100 auf 200 Millionen Mark) bereitzustellen hat. Selbstverständlich muß diese Zinsentlastung voll und ganz den Mietern zugute kommen.

Außerdem sollen durch direkte Bauhilfen, durch Aussetzung der Verzinsung und Tilgung der Hauszinssteuer, durch Ermäßigung der Grundsteuer und ähnliche Hilfsmaßnahmen die Mieten in den erwähnten Neubauwohnungen weiter herabgedrückt werden. Für diese Zwecke sollen außer den 100 Millionen Mark für Zinsbeihilfe 150 Millionen Mark aufgewendet werden, die aus den von der Sozialdemokratie geforderten Notsteuern des Besitzes entnommen werden sollen. Die Mieten der Altwohnungen dürften in der Regel für vollbeschäftigte Arbeitnehmer eher erschwinglich sein als die Neubaumieten. Deshalb brauchen hier die Hilfsmaßnahmen nicht so umfassend zu sein wie bei den Neubauwohnungen. Sowie aber der Arbeiter oder Angestellte seine Arbeitsstelle ver-

sind, kaum verdient, schon wieder ausgegeben. Aber dafür bleibt die sittliche Befriedigung: man ist keine Vagabundenfamilie, man kann nicht exmittiert werden, man gleicht nicht den Lillen auf dem Felde, für die in unserem kalten Klima kein Gedeihen wäre, man pemnt nicht im Obdach, man bildet die Grundlage von Staat und Gesellschaft (trautes Heim, Glück allein).

bleiben: 45 Mark, die Vater Mielenz verdient.

Die laufenden Ausgaben müssen in jedem Budget ordentlich und glaubwürdig ausgewiesen werden. Ein großes Musterbeispiel dafür ist bekanntlich das Reichsbudget. Kenner studieren daran jahrelang, und manche erbauen sich an diesem Wunderwerk. Das bescheidenerere, aber auch durchsichtiger Budget der Familie Mielenz (es braucht durch eine Notverordnung dekretiert zu werden), ist einfacher.

Da sind zunächst wöchentlich 10 Mark abzuzahlen für – Schulden. Selbst die ordentlichste Familie kann Schulden machen. Krankheit und eine nicht langdauernde, aber doch spürbare Kurzarbeitsperiode haben die Schulden verursacht. „Jedem das Seine“, also müssen die Schulden pünktlich bezahlt werden; wenigstens verlangt man das bei kleinen ordentlichen Leuten. Mielenz zahlt jedenfalls; es wird ihm wohl nichts anderes übrigbleiben (Moratorien sind nur für bessere Firmen da, jedem das Seine).

Wir können nicht verhehlen, daß diese ordentliche Familie nicht nur 10 Mark in der Woche abzahlt (für schnöde Schulden), sondern außerdem noch weitere 8 Mark. Es ergibt sich leider in unserem Klima ab und zu die Notwendigkeit, Kleidungsstücke zu kaufen. An Barzahlung ist nicht zu denken, daher wird „gestottert“. Von den 45 Mark des Vaters gehen also 18 Mark, das sind 40 Prozent, laufend weg, um laufende Schulden zu decken. Solche Schulden hören nie auf, weil kein Stück gegen Barzahlung angeschafft werden kann. Ist eine Schuld abgezahlt, so muß sofort eine neue gemacht werden. Das ist die Regel.

Nationalökonomie ist eine Wissenschaft, die die dunkelsten Zusammenhänge erhellt, außer wenn sie versagt. In den letzten Jahren versagt sie vielleicht noch häufiger als früher. Aber in unserem simplen Falle sind keine großen nationalökonomischen Kenntnisse nötig, um zu erkennen, daß unser Budget schauderhafte Lasten aufweist. Und wir haben noch nicht angefangen, von der Ernährung zu sprechen: wir wollen ja von Unterernährung reden – aber das kommt ganz von selbst.

Denn noch sind wir lange nicht fertig mit den laufenden Ausgaben unserer ordentlichen Familie. Muß sie kochen? Das kostet 1 Mark 50 für Gas in der Woche. Muß sie Licht brennen? Sie tut es nur im bescheidensten Umfang (jedem das Seine), aber 50 Pfennig braucht sie in der Woche für elektrisches Licht. Vielleicht würden sich gründlich-oberflächliche, dafür altpreußisch gesinnte Männer finden, die empfehlen könnten, wieder zur traulichen Petroleumlampe zurückzukehren. Ihr Rat wäre schlecht. Petroleum ist sehr teuer, verdirbt die Augen und die Luft und ist überdies undeutsch. Der Kienspan scheidet aus baulpözeologischen Gründen aus; mithin bleibt schon nichts übrig, als Elektrizität oder Dunkelheit. Auch die ist nicht zu verachten: man kann nicht lesen, also auch nicht ungesunde Ideen kennenlernen; man muß frühzeitig schlafen gehen, im Schummer der Dämmerung wird das Gemüt weich und fühlt die Nähe höheren Waltens; aber die Elektrizitätswerke konnten über Unterbilanzen klagen, und das wäre wiederum von höheren nationalökonomischen Gesichtspunkten aus . . . doch das geht uns hier nichts an.

Genau 20 Mark von den 45, die Vater Mielenz wöchentlich nach Hause bringt, sind weg, ehe die Familie auch nur einen Bissen in die Mäuler bekommen hat. Doch sind das noch lange nicht alle laufenden Ausgaben. Der Vater wohnt nicht in Rosenthal, er wohnt nicht weit vom Viehhof. Diese Trennung vom Betrieb kostet wöchentlich 1 Mark 80 Fahrgeld.

Den Kulturgrad einer Nation haben scharfsinnige Leute am Seifenverbrauch messen wollen. Wenn es auch nicht Lavendelseife ist, was Frau Mielenz braucht, so muß sie doch 2 Mark in der Woche für Waschmittel ausgeben: Säuglinge haben die Eigenschaft, ihre Wäsche zu besudeln. Und Kinder haben die Eigenschaft,

←L 35

immer wieder Strümpfe zu zerreißen; ihre Kleidung muß immer wieder geflickt werden, und für Strümpfe und Nähmaterial, kleine häusliche Ausgaben (Schuhputz, Vim usw.), braucht Frau Mielenz in der Woche 2,50 Mark laufend. Sie ist eine altpreußisch-ordentliche Frau, die Kinder sollen in der Schule ordentlich aussehen, und das kostet viel Geld, auch wenn man nur flickt und flickt und putzt und säubert.

Rechnen wir zusammen, was insgesamt an laufenden Ausgaben diesem gutverdienenden Ehepaar aufgezahlt ist:

Schulden	10,-	Mark
Abzahlung für Kleidungsstücke	8,-	"
Licht	0,50	"
Gas	1,50	"
Fahrgeld	1,80	"
Waschmittel	2,-	"
Strümpfe und Nähmaterial	2,50	"
	26,30	Mark

26 Mark 30 werden von 45 Mark ausgegeben, um den Haushalt laufend zu erhalten. In diesen 26 Mark 30 erscheint uns der Posten für „Strümpfe und Nähmaterial“ sehr hoch. Frau Mielenz hat ihn vielleicht so angegeben, um irgendwelche anderen Ausgaben zu verbergen. Am Wesentlichen ändert es nichts: 26 Mark 30 sind weg. Vom Rest soll die Familie ernährt werden.

Das gibt Unterernährung.

Reine Wissenschaft ist etwas sehr Schönes, aber wer sie je gesehen hat, der hat platonische Ideen erschaut. Reine Wissenschaft etwa der Volksernährung gibt es nicht. Abgesehen von der politischen Färbung der Ernährungswissenschaft — man denke etwa an die „Beweise“, die während des Krieges für die Zweckmäßigkeit der Ernährung durch Häckselstroh und Kohlrüben gegeben wurden — spielen so viele Vorurteile, Sentiments und Ressentiments mit, daß größte Vorsicht am Platze ist. Wenn man von all diesen Fragen für den Augenblick absteht und zunächst nur nach der größten Übereinstimmung der wissenschaftlichen Autoritäten der Ernährungswissenschaft verschiedener Länder fragt, so erhält man das Ergebnis, daß eine kaum beschäftigte erwachsene Person täglich eine Ruhekost von etwa 2540 Kalorien oder etwa 1700 Gramm Gewicht (in vernünftiger Verteilung der einzelnen Lebensmittel natürlich) braucht. Die Angaben schwanken; die eben genannte Zahl stammt von einem Berliner Ernährungsfachmann, der keineswegs als irgendwie radikal bezeichnet werden kann. Die Arbeit Heinrich von Hoeflins, der wir die Zahl entnehmen, ist viel eher zu apologetischen Zwecken geschrieben worden. Gerade deshalb nennen wir diese Zahl um so lieber; denn auch dann ergibt sich aus dem Budget, das wir betrachten und das einer Familie zukommt, die weit über dem Durchschnitt versorgt ist: Unterernährung.

Wir haben bei dieser Familie festgestellt, daß Fleisch, Wurst, überhaupt alles, was an kräftiger Nahrung ins Haus kommt, zum größten Teil vom Vater verzehrt wird. Er hat die schwerste körperliche Arbeit zu leisten, und er könnte sie nicht leisten, wenn er nicht verhältnismäßig kräftig und schmackhaft genährt würde. Verhältnismäßig, denn die Nahrung ist immer noch minderwertig.

Die Kinder dagegen müssen sich mit dem begnügen, was für das restliche Geld gekauft werden kann. Sie erhalten im allgemeinen einen Topf Gemüse mit Kartoffeln. Sie erhalten dieses Essen nicht täglich. Denn an den Tagen, an welchen Frau Mielenz arbeiten geht, und sie muß arbeiten, um die 38 Mark für die Miete heranzuschaffen, an diesen Tagen kocht sie nicht. Die Kinder bekommen dann Schmalzstullen und Malzkaffee. Malzkaffee und Schmalzstullen sind der Grundstock der Kinderernährung dieses gehobenen Haushalts.

Und nun wollen wir wieder Statistik treiben. Wir stellen auf, was die Frau uns als notwendig angab, um die Familie satt zu machen. Wir rechnen diese Mengen gleich in Kalorien um und addieren das Ergebnis. Das Resultat haben wir schon wiederholt genannt: Unterernährung.

Für die neunköpfige Familie wird täglich ein Brot von 1300 Gramm gebraucht; das ist nicht viel. Dieses

liert oder seine Arbeitszeit stark verkürzt wird, werden auch die Altmieten für ihn unerschwinglich, wird die Mietzahlung zu einer Quelle des Elends. Er kann keineswegs in allen Fällen auf Mietbeihilfen rechnen und selbst wenn, so pflegen sie alles eher als ausreichend zu sein. Deshalb verlangt unser Antrag, daß über die bereits gezahlten Mietbeihilfen hinaus weitere Mietbeihilfen an hilfsbedürftige Mieter in der Höhe von 250 Millionen Mark gewährt werden, die ebenfalls aus den Notsteuern gedeckt werden können.

Am 31.12.1932 erscheint dann die bereits zitierte Kurzmeldung: In Meyerhof Ackerstraße 132 haben die Mieter in einer Mieterversammlung den sofortigen Mieterstreik beschlossen. Sie treten also gleichzeitig mit den Mietern der Neubausiedlungen in Reinickendorf in Streik.

Am 6.1.1933 berichtet die Rote Fahne unter dem Titel Rote Streikfahnen im „Meyerhof“: Was der weißgardistische Hauspascha seinen Mietern zumutet/Ein unbeschreiblicher Krankheitsherd.

Daß hier Propaganda gemacht wird, ist unübersehbar und steht im Gegensatz zu den offensichtlich exakt gezählten roten Fahnen, nämlich 76.

Rote Streikfahnen im „Meyerhof“

Was der weißgardistische Hauspascha seinen Mietern zumutet / Ein unbeschreiblicher Krankheitsherd

Zwei Kistentransparente von der Dachrinne des Hauses Ackerstraße 132/133, unter Lebensgefahr angebracht, verkünden: „Hier ist Mieterstreik, wir fordern 25 Prozent Mietsenkung.“

Das Haus „Meyerhof“ genannt, besteht aus sechs hintereinanderliegenden Quergebäuden. 1871 wurde es erbaut. Selbsterhellende äußere Reparaturen nicht mehr vorgenommen worden zu sein. Der Besitzer, ein aus Rußland vertriebener Weißgardist Tomarkin, versteht es zwar, Wuchermieten zu erpressen, läßt aber das Haus völlig verwahrlosen.

Am 27. Dezember traten die 250 Mietparteien in den Streit, am 1. Januar zahlten sie keine Miete. Sie fordern, da sie alle erwerbslos sind, 25 Prozent Senkung der Friedensmiete, zehnes Trinkwasser, Streichung der rückständigen Miete, Aufhebung der Ermittlungsklagen und völlige Renovierung der Wohnlöcher.

Denn die Dächer der Häuser sind durchweg kaputt, der Regen bringt fast ungehindert ein. Dadurch ist das gesamte Mauerwerk feucht und voller Pilze. Der Fug fällt von den Wänden, durch herabfallende Ziegel sind die Bewohner ständig gefährdet. Bei Regenwetter läuft das Wasser in sämtliche Kellerwohnungen und legt somit die Stube unter Wasser. Dadurch verfaulen die Dielen derart, daß die Mieter Bretter über die Löcher legen.

Mit 6 Kilo Schwefel gegen Wanzenplage

Für ein solches Kellerloch werden 10 Mark Miete gefordert. Die übrigen Wohnungen sind so eingeteilt, daß sechs Familien auf einem unbefeuerten Korridor hausen und daß sie nur eine Toilette zur Verfügung haben. Die Toiletten sind aber meistens so kaputt, daß der Urat hinunterläuft in die darunter liegenden Wohnungen.

Außerdem sind die Wohnungen fast völlig verwanzt. Ein Mieter hat seine Wohnung mit 6 Kilo Schwefel ausgeräuchert und mußte nachher die toten Wanzen mühschäppchenweise entfernen. Für solch eine Wohnung, die aus Stube und Küche bei 24 Mark Miete bezahlt werden. Fast alle Kochmaschinen sind kaputt, so daß in allen Wohnungen Brandgefahr besteht. Für die 250 Mietparteien mit 1500 Personen sind nur zwei Wassküchen vorhanden, die darum Tag und Nacht im Betrieb sind und doch noch nicht austeigen.

Verpestetes „Trink“-Wasser

Das Schlimmste aber ist das Trinkwasser. Die Leitungen sind völlig verunreinigt und teilweise kaputt, das Wasser ist dadurch von grauer Farbe und mit Kies und Schlamm durchsetzt. Das bedeutet für alle Bewohner Inphusgefahr. Häufig haben die Mieter das Wasser schon aus den Nachbarhäusern holen müssen. Manchmal auch vom Klosett, weil dort eine eigene Wasserleitung ist.

Allen Vorstellungen bei dem Weißgardisten über dieses verpeste Wasser gegenüber erklärte dieser: „Daran kann ich nichts ändern.“

Auf jedem der Höfe befindet sich ein Pferdestall. Mörderischer Gestank verbreitet sich in allen Häusern. Noch verstärkt durch eine Affenichmalz-Siederei, die sich in einem Keller befindet.

Geschlossen haben die Mieter gegen diese Mißstände den Kampf aufgenommen. 76 rote Fahnen haben sie zum Zeichen ihres Kampfes aus den Wohnungen gehängt. Quer über den Hof sind Transparente gespannt: „Wir fordern sauberes und gerechtes Trinkwasser.“ Auf einem andern steht:

„Erst die Kinder satt, dann der Hauswirt wart.“

Wie es in Meyer's-Hof aussieht, erfahren wir genauer aus einem Artikel, der am selben Tage, dem 6.1.1933, in der „Welt am Abend“ erscheint:

Der Mieterstreik im Meier-Hof: „Wir wollen als Menschen wohnen!“ – Trinkwasser mit Schmutz verseucht – Die Wohnburg im Kampf – Weißgardistischer Emigrant als Hauswirt. Am 28. Dezember sind, wie wir bereits kurz berichteten, die Bewohner der größten Berliner Mietskaserne, des Meier-Hofs in der Ackerstraße 132/133, in den Streik getreten. Sie haben fünf Forderungen aufgestellt:

1. Die Lieferung von klarem Trinkwasser für alle Wohnungen,
2. Mietherabsetzung um 25 Prozent für sämtliche Wohn- und Gesellschaftsräume,
3. den Erlaß sämtlicher Mietrückstände,
4. die Einstellung aller Exmissionsklagen und Exmissionen,
5. die sofortige Inangriffnahme der notwendigen Schönheitsreparaturen und der laufenden Instandsetzungsarbeiten in und am Hause.

Hinter diesen Kampfforderungen stehen rund 230 Mietsparteien. Die Kleingewerbetreibenden und die Geschäftsleute, die im Meier-Hof arbeiten, haben sich mit den Mietern solidarisch erklärt.

Das Gesicht der riesigen Mietskaserne, die aus fünf Quergebäuden und ebensovielen kleinen Höfen besteht, ist durch den Streik verwandelt worden. Die rissigen Fassaden der Seitenflügel sind mit roten Schriften übermalt, aus unzähligen Fenstern hängen rote Fahnen und von den Wänden leuchten rote Transparente. Von einer kahlen Mauer schreit der Satz: „Wir wollen als Menschen leben!“, auf ein zweites Transparent sind die Worte geschrieben:

„Erst die Kinder satt, dann dem Hauswirt wart.“

– aus jedem Winkel kommen Fahnen, Aufschriften, Transparente, überall haben die Mieter ihre Kampfansagen angebracht. Es ist ein gespenstischer Spaziergang, durch die dunklen schluchtartigen Höfe zu laufen, und überall von roter Farbe begrüßt zu werden: von Fahnen, Aufschriften, Transparenten.

Die Streikleitung besteht aus kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern. „Wir kämpfen um nacktes Menschenrecht, wir wehren uns unserer Haut“, erklären die Mieter. Und sie erzählen ihre Geschichte:

Der Meier-Hof ist vor mehr als 60 Jahren erbaut worden. Zahlreiche Mieter leben seit 30 und 40 Jahren in den finsternen und muffigen Häusern; heute sind sie zu mehr als 50 Prozent arbeitslos. Vor zwei Jahren ging der Gebäudekomplex in den Besitz des russischen Emigranten Tumarkin über, der sämtliche Reparaturen vernachlässigte, den Wünschen der Mieter in keiner Weise gerecht wurde und nur ein Interesse daran hatte, die Miete pünktlich zu bekommen.

Roggenbrot enthält etwa 2925 Kalorien. Ferner werden 10 Schrippen gebraucht, im Gewicht von 500 Gramm, mit 1350 Kalorien. Sollte jemand einwenden, es sei unzweckmäßig, neben Brot auch noch Schrippen zu verwenden, so verweisen wir ihn auf spätere Erörterungen über diesen Einwand. Bemerkte sei nur, daß erstens die Rinde von Brot besser sättigt, als weiches Brot, daß zweitens Weizenbrot besser verdaut und ausgenutzt wird, und daß drittens schließlich in den Arbeiterhaushalten die weißen oder weißeren Brötchen irgendwie als Zeichen noch nicht vollendeter Deklassierung empfunden werden; doch ist die Sättigungsfrage das wichtigste Moment. Davon später.

An „Butter“ (d.h. Margarine) soll in diesem Haushalt täglich 1/2 Pfund verwendet werden. Vergessen wir nicht, daß es sich um einen schwer arbeitenden, qualifizierten und nicht mehr jungen Mann und teilweise noch sehr kleine Kinder handelt. Die 250 Gramm Butter enthalten 1962 Kalorien. Außerdem werden 125 Gramm Schmalz mit 1156 Kalorien gebraucht. An Wurst ebenfalls 125 Gramm, also sehr wenig; diese minderwertige Wurst enthält 387 Kalorien. Dafür gehen täglich 5 Pfund Kartoffeln weg mit 2250 Kalorien. Ein 1/2 Pfund billiges Fleisch enthält 340 Kalorien, und die 5 Pfund Gemüse mit ihrem hohen Wasserinhalt 525 Kalorien. Kaffee-Ersatz und Zucker sollen gespart werden (was der Wirklichkeit nicht entspricht), so daß die Gesamtrechnung so aussieht:

1 Brot	1300 Gramm	2925 Kalorien
10 Schrippen	500 „	1350 „
Butter	250 „	1962 „
Schmalz	125 „	1156 „
Wurst	125 „	387 „
Fleisch	250 „	340 „
Kartoffeln	2500 „	2250 „
Gemüse	2500 „	525 „
<hr/>		
7550 Gramm		10895 Kalorien

Rechnet man jetzt jede der 3 erwachsenen Personen des Haushalts voll, den Säugling überhaupt nicht und 4 Kinder als 2 Personen (was in jeder Beziehung falsch ist, da ein 12 1/2jähriges Kind zum Aufbau des wachsenden Körpers reichlich Nahrung braucht), so ergibt schon diese grobe Methode – Unterernährung. Denn auf eine unserer „Personen“, die wir so konstruiert haben, kommen (bei Teilung von 7550 Gramm bzw. 10895 Kalorien durch 5) 1510 Gramm bzw. 2179 Kalorien, und dabei geht der Säugling vollkommen leer aus und das 3 1/2jährige Kind ebenfalls.

Aber Prof. Heine von Hoeslin, leitender Arzt am Krankenhaus Lichtenberg-Berlin, gibt als Ruhekost für eine Vollperson (Mann über 15 Jahre) an: 1700 Gramm bzw. 2540 Kalorien. („Klinische Wochenschrift“, 1930, Heft 20.)

Wir haben hier also ein Defizit, das selbst durch die grobe Rechnung und durch faktische Weglassung zweier Personen des Haushalts nicht gering geworden ist. Wenn man feinere Methoden verwendet, wird das Defizit größer: man kann nicht den Säugling einfach weglassen, man kann nicht ein 3 1/2jähriges Kind einfach weglassen, und man kann nicht einfach 2 Kinder einer Person gleichsetzen, man kann vor allem nicht Ruhekost für eine Familie ansetzen, deren erwachsene Mitglieder zum Teil schwer arbeiten, deren andere Mitglieder aber wachsen, also viel und qualifizierte Nahrung zum Aufbau brauchen.

Doch das ist noch nicht alles. Denn wenn wir uns die Mühe geben, die von Frau Mielenz als wünschenswert und notwendig angeführten Nahrungsmitteln Mengen mit ihren (zur Zeit der Aufstellung dieser Statistik geltenden) Preisen einzusetzen, so ergibt sich ein Tagessatz von etwa 3 Mark 75 und das ergäbe in der Woche 26 Mark 25 für die Frau Mielenz wünschenswert und ausreichend erscheinende, in Wirklichkeit aber selbst nach grober Berechnung nicht einmal als Ruhekost ausreichende Nahrung.

Da nun insgesamt nach Abzug der Miete 45 Mark zur Verfügung standen, von denen, wie wir gesehen haben, bereits 26 Mark 30 für laufende Ausgaben weggingen, so müßte das Wochenbudget nicht 45 Mark, sondern 52 Mark 55 betragen, sollten auch nur die bescheidenen Wünsche der Frau Mielenz erfüllbar

← L 37

sein. Es fehlen 7 Mark 55 wöchentlich, um eine Ernährung zu liefern, die schon nach grober Berechnung nicht einmal als Ruhekost ausreicht. Die 7 Mark 55 fehlen permanent. Was ist die Folge? Unterernährung.

Die Wohnungen sind teuer: für Stube und Küche zahlen die Mieter rund 22 Mark, winzige Kochstuben kosten 15 Mark, und nur die wenigsten Räume sind mit Wasserleitungen und elektrischem Licht ausgestattet. In manchen Stockwerken kommen 30 Personen auf ein Klosett!

Eine der wesentlichen Forderungen der Mieter ist die gründliche Renovation der Wasserleitungen, da deren Rohre seit 50 Jahren weder ausgebessert noch gereinigt worden sind.

Wir gehen in eine Wohnung; ihr Inhaber, ein alter Mann, nimmt ein Glas und füllt es aus der Leitung: es ist eine schwarzgraue, fast undurchsichtige, mit kleinen Sandkörnchen durchsetzte Flüssigkeit, die, wenn man ihrer Bestimmung gedenkt, jeder Hygiene spottet.

In einer anderen Wohnung ist das Leitungswasser nicht schwarz, sondern gelb und milchig - in dem größten Teil der Wohnungen kann das sogenannte Trinkwasser erst dann verwendet werden, wenn man den Leitungshahn eine halbe Stunde aufgedreht und das Wasser hat abfließen lassen.

Seit mehr als zwei Jahren herrscht dieser beispiellose Zustand, die Mieter haben das Gesundheitsamt alarmiert, aber erfolglos; von Tag zu Tag wurde das Wasser schmutziger und trüber. Durch die Notwendigkeit, das Wasser vor dem Gebrauch abfließen lassen zu müssen, wuchsen die Wasserrechnungen der einzelnen Mieter ins unendliche.

Kaltlachehd forderte Herr Tumarkin sein Geld und ebenso lächelnd lehnte er die Ausbesserung der verseuchten Wasserleitung ab. Wahrscheinlich sind die Rohre versackt und verfilzt und möglicherweise verschiedene angebrochen, sodaß sich der Unrat mit dem Wasser vermengen kann.

Von den Mauern bröckelt der Putz. Dann, wenn ein großer Brocken herabzustürzen droht, bestellt Herr Tumarkin einen Maurer, damit er ihn herunterschlage. Das Pflaster in den Höfen und den an Katakomben erinnernden Durchgängen ist schadhaft.

Der Steinboden hat große Löcher. „Es gibt keine Nachtbeleuchtung, ein Fremder würde sich glatt die Beine brechen“. Die Dächer der Häuser sind defekt: Bei Regenwasser prasselt das Wasser in Strömen herein.

Wir gehen in die Wohnung von Frau Grou, die in einer winzigen Kammer unter der Erde haust: das ist kein Wohnkeller mehr, denn das Fenster ist durch einen Pferdestall verdeckt, von den Wänden rinnen unaufhaltsam Wassertropfen, die die Farbe lösen und am Fußboden eine schmutzige Lache bilden. Unter dem Fensterbrett wächst dicker Schwamm, der nicht auszurotten ist, oft liegt stundenlang Pferdemit dicht vor dem Fenster. Vom frühen Morgen bis in die späte Nacht hinein muß eine Lampe brennen, wenn man sich in dem kleinen Raume, der monatlich 9 Mark Miete kostet, aufhalten will.

Dann steigen wir die Treppe zum dritten Stockwerk des zur Nummer 133 zählenden Quergebäudes. Über einem knapp 10 Quadratmeter großen Wohnloch befindet sich ein Klosett - die Decke hält nicht dicht, die Jaulache näßt durch und tropft auf den Tisch der beiden Leute, die hier leben müssen.

Der Mann ist erwerbsunfähig, Kriegsinvalid. Die eine Wand des Raumes ist gerissen, aus einem zweiten nebenan liegenden Klosett kann man in die erbärmliche Stube hineinsehen. Die Kacheln des Ofens platzen. Die Fensterriegel schließen nicht. „15 Mark muß ich bezahlen“, sagt der Invalid.

Wir gehen durch unzählige Wohnungen. Zerbrochene Öfen, nasse Wände, verfaulte Dielen, zerfressene Decken, undicht schließende Türen, sinkende Wasserleitungen, elende Klosetts - das sehen wir überall, ein Schreckbild furchtbaren Wohnungselends, und für die menschenunwürdigen Behausungen in dieser entsetzlichen Kaserne zahlen die Mieter hohe Mieten.

Dann sind wir wieder in den Höfen, die einen spärlichen Wolkenfleck sehen lassen. Auf den kahlen, feuchten Steinen spielen Kinder; an den Häuserwänden stehen Männer und Frauen, junge Arbeitslose - das ist der Meier-Hof, das in ganz Deutschland berichtigte Schaustück des Nordens, der Ackerstraße.

Die Mieter sind zäh: sie halten durch, sie werden nicht einen Deut von ihren Forderungen preisgeben. Herr Tumarkin ist ängstlich und in bitterer Verlegenheit. Er hat die Mieter ersucht, ihren Streik um vier Wochen zu vertagen, da er im Januar Hypothekenzinsen bezahlen muß. Die Mieter haben ihn ausgelacht. Sie streiken weiter.

Wie lebt der AEG.-Arbeiter?

Die Hausrechnung im ME. August / 23. Straßburg 1932 für 4 Personen

(Arbeiterfamilien)

Wenn andere Großkonzern die Arbeiterlöhne abbauen, darf natürlich der AEG. Konzern nicht fehlen. Es ist geradezu ungeschwehlich, mit welcher Brutalität der Lohnabbau bei uns im Transformatorwerk mit Hilfe der reformistischen Gewerkschaftsführer durchgeführt wurde. Viele Löhne reichen nicht mehr zum Leben. Wenn ich mit meinem Lohn die stündige Kollarbeit nicht auskommen kann, wie soll man auskommen, wenn man bei Ausarbeit 10 und 12 Mark verdient? Wir müssen einen entscheidenden Kampf für Lohnerböhung aufnehmen. Die jetzigen Zustände gehen unter keinen Umständen weiter.



Hat man den Arbeitstag hinter sich, so ist man müde wie ein Hund, und was verdient man bei dieser Schinderei?

Ich, als Lohnarbeiter, erhalte bei Transformatorwerk brutto bei stündlicher Kollarbeit durchschnittlich 19,10 Mark die Woche. Davon gehen ab:

- 0,42 Mark Arbeitslohnhilfe,
- 0,75 " Invalidenversicherung,
- 1,84 " Krankenkasse (Steuern brauche ich nicht zu bezahlen, weil ich zwei arbeitslose Jungen im Alter von 16 und 19 Jahren habe, die keine Unterstützung erhalten)

3,01 Mark

Also Nettowohndienst 27,39 Mark. Davon gehen ab (monatlich):

Miete	20,-	Mark
Gas	2,50	Mark
elektrisch Licht	2,-	Mark
Wochenkarte	1,20	Mark
Radio	2,-	Mark
Zeitung	2 10	Mark
Batterie	1,60	Mark
Verband	3,60	Mark

45,30 Mark

Einnahmen:

Dies Nettowohndienst von 27,39 Mark .. 109,56 Mark abzüglich 45,30 Mark

64,26 Mark

Unbedingte Ausgaben im Haushalt:

- Essig, Pfeffer usw. für große Küche ... 5 Mark
- Geschäftliche, Schuhwerk, Schürze, Hemd usw. 3 Mark
- Anschaffungen für vier Personen: Strümpfe, Wäsche usw. 10 Mark

18,- Mark

46,26 Mark

Das bedeutet pro Person am Tage 0,36 Mark zum „Leben“. Einen Anzug, ein Paar neue Schuhe oder sonstige notwendige Kleider für die Familie kann ich nicht kaufen, obgleich es dringend notwendig wäre. Daß ich jeden Tag mit Margarinerhülsen zur Arbeit gehen muß, brauche ich wohl nicht erst zu erwähnen. Und so wie mir geht es bei der größten Zahl meiner Kollegen im Betrieb. Kohldampf schlucken und schulden bis zum Umfallen. Und wenn die Kollegen weiter bis zum letzten Pfennig aus dem Haus ohne zu müssen hinausgehen, wird ihre Lage nicht besser werden. Nur sie haben zu entscheiden, ob es besser ist oder bergab gehen soll. Also AEG.-Proleten entscheidet, ob ihr Leben kann werden, oder gegen die ungeheuerliche Ausbeutung kämpfen sollt. Die kältesten Kollegen wählen das letztere.

Einen Tag später berichtet auch der Vorwärts unter dem Titel *Mieternot in der Zille-Burg – Auch eine Berliner „Sehenswürdigkeit“* darüber:

Mieternot in der Zille-Burg

Auch eine Berliner „Sehenswürdigkeit“

Die Bewohner jener historischen Berliner Wohnstätten, die den Fremden voll Stolz als romantische Winkel der Großstadt präsentiert werden, laden jetzt der Reihe nach ihre eigenen Landeuleur zum Besuch ihres Wohnblaus ein.

Der „Vorwärts“ hat als erster die standalösen Zustände in der Wangenburg (Stadttratte) aufgedeckt und hier auch Wandel geschaffen, er hat weiter sich der bebauernswerten Bewohner des Hauses Neue Friedrichstraße 49 angenommen, hat das Leben in den Glendshürten des Bezirke Friedrichshain geschildert und ist heute in der Lage, Berlins „historische Wohnkultur“ um ein weiteres Kapitel zu bereichern.

Ein Besuch der sogenannten „Zille-Burg“, dem Wegerershof in der Adlerstraße 132/133, forderte wiederum Dinge zutage, die jeder Hygiene und Menschlichkeit Hohn sprechen. Die Zille-Burg ist ein Riesenwohnkomplex mit nicht weniger als sechs Höfen. Sie beherbergt 250 Mietparteien mit ungefähr 1300 Köpfen. Dieses historische Wohngebäude hat ein Mindestalter von 60 bis 70 Jahren aufzuweisen, und es kann unbedingt eine sehenswerte Hausruine genannt werden; das belagt der starke Zutrom von Reisenden, die aus aller Herren Länder, Schweden, England, Amerika und Osterreich zur Besichtigung dieses interessanten Kuriosums sich Händig einfinden.

Auf jedem Flur der unzähligen Hinteraufgänge, Seitenflügel, Quergebäude und Kellergänge haufen 6 bis 8 Parteien, ziffernmäßig so 20 bis 30 Menschen, deren Wohnungen auf einem langen, schmalen, stockfinsternen Flur dicht beieinander liegen. Der Gemeinschaftsabot befindet sich ebenfalls dort. Die Wohnungen sind, ihrem ehrwürdigen Alter entsprechend, in baufälligem Zustand. Da schließt kein Fensterflügel und brennt kein Ofen richtig, von den Decken und den Wänden fällt der Fuß – sofern sich die Haus-

bewohner, trotz Zahlung der Schönheitsreparaturen, ihre Wohnung nicht aus eigenen Mitteln herrichten ließen. Die Wände zeigen zum Teil weiltlassende Risse, und die Küchenwand einer Mietpartei gewährt beispielsweise einen ungehinderten Ausblick auf das nebenan befindliche Klolett. In den Kochstuben ist vielfach weder Ausguß noch Wasserleitung vorhanden, und die Leute müssen ihr Trinkwasser ebenfalls aus dem Klolett holen.

Trübes Trinkwasser

Mit dem Trinkwasser hat es aber noch eine eigene Bewandnis. Das ist nämlich trübe und undurchsichtig, und man muß es erst eine lange Weile ablaufen lassen, bevor es sich nach und nach zu klären beginnt. Dieser Wassermehrerbrauch wird aber den bebauernswerten Hausbewohnern dafür auch noch in Anrechnung gebracht, und sie haben die Ehre und das Vergnügen, eine Wassergebühr von 7 Proz. statt normalerweise 3 bis 4 Proz. zu bezahlen.

Furchtbar ist die Wohnlgenere der Kellerwohnungen. Durch lange, stockfinstere, niedrige Kellergänge gelangt man in mufflige, total dunkle Stuben; die Wände sind mit Schimmel bedeckt, die Luft feucht, eiskalt und dumpf. Eine alte Frau muß von ihren 36 M. Unterstüßung für solch eine Behausung 10 M. pro Monat bezahlen. Nun hat sie die Wahl: entweder essen oder heizen! Nachdem sie todtrant geworden ist, hat sie sich für das Letztere entschieden und steckt im Monat 13 M. in die altersschwache Kochmaschine. Licht muß sie von morgens bis abende brennen. Nebenan wimmert ein Neugeborenes!

Die Mieter, zur Hälfte arbeitslos, verlangen Mietenlenkung und Herstellung der notwendigen Reparaturen. Der Hauswirt, stets verhand-

lungsbereit, ohne jedoch das geringste zu unternehmen, sagt: „Beschaffen Sie mir doch das notwendige Geld und ich lasse sofort alles in Ordnung bringen!“ Die Mieten sind, der Beschaffenheit der Wohnungen und des ganzen Hauses entsprechend, viel zu hoch. Dann besitzt diese Wohnstadt zwei ganze Waschküchen, in deren Genuß naturgemäß die meisten der Hausbewohner niemals gelangen, es sei denn, daß sie sich bereits im Dezember für den Juli vormerken. So muß in den stickigen, dumpfen Kochstuben auch noch gewaschen werden. Die Baupolizei hat im Vorjahre nicht weniger als 144 notwendige Reparaturen festgestellt, von denen einige wenige – natürlich die billigsten – vorgenommen wurden. Wenn es regnet, kriegen die Bewohner im vierten Stock den Regen aus erster Hand, und die im Keller können ein Fußbad nehmen, da der Boden völlig durchnaßt ist.

Es wird wohl auch hier, wie bei den anderen Glendstaltern, ein rasches und entschiedenes Machtwort gesprochen werden müssen!

Neubaumieter fordern

In einer Versammlung der Mieter der Friedrich-Ebert-Siedlung wurde nach einem Vortrage des Genossen Gustav Bauer eine Resolution angenommen, in der die Senkung der Mieten gefordert wird durch Senkung der Hypothekenzinsen von 6 auf 4 Proz., Erlaß der Zinsen und der eventuellen Tilgungsquote für die Hauszinssteuerhypotheken bis zum Eintritt besserer wirtschaftlicher Verhältnisse, Erlaß der kommunalen Zuschläge zur Grundvermögenssteuer.

Bericht im „Vorwärts“ vom 7.1.1933

←L 39

Auch in diesem konkurrierenden Bericht aus dem Vorwärts fällt die seltsam anmutende Ungenauigkeit des Berichts und die leere Drohung mit dem entschiedenen Machtwort, das leider ganz andere dann gesprochen haben, auf. Wie die Sozialdemokraten sich dieses Machtwort vorgestellt haben, geht vielleicht aus der direkt anschließenden Notiz *Neubaumieter fordern* hervor:

In einer Versammlung der Mieter der Friedrich-Ebert-Siedlung wurde nach einem Vortrage des Genossen Gustav Bauer eine Resolution angenommen, in der die Senkung der Mieten gefordert wird durch Senkung der Hypothekenzinsen von 6 auf 4 Proz., Erlaß der Zinsen und der eventuellen Tilgungsquote für die Hauszinssteuerhypotheken bis zum Eintritt besserer wirtschaftlicher Verhältnisse, Erlaß der kommunalen Zuschläge zur Grundvermögenssteuer.

Ob durch Steuervorteile für die Hausbesitzer die Mieten gesenkt werden, scheint nicht nur in der damaligen Situation fraglich. Wieder einen Tag später, am 8.1.1933, erscheint in der Roten Fahne eine ganzseitige Reportage über die Zustände in Meyer's-Hof mit einer Fotografie, in deren Vordergrund eine Menschengruppe mit Fahne hineinmontiert ist, die ein Agitationsbild ergeben mit Hof und Transparent im Hintergrund. In diesem Bericht wird Meyer's-Hof mit einer anderen „Mietskaserne“ verglichen, die gerade vom Architekten Mendelssohn hinter dem Ufa-Kino am Lehniner Platz fertiggestellt worden ist. Es sind elegante Appartements in

←L 40

bester Lage mit eigenem Tennisplatz, denen die Zustände in Meyer's-Hof entgegengehalten werden, die in dieser Reportage etwas genauer, wenn auch überzeichnet, dargestellt werden. Wir erfahren zum ersten Mal Einzelheiten aus normalen Wohnungen. Meyer's-Hof entwickelt sich hier von der Zilleburg zur finsternen Zwingburg des kapitalistischen Systems.

Die Nachrichten in der Roten Fahne zeigen, daß der Mieterstreik sich weiter ausdehnt. Am 17.1.1933 finden wir eine weitere Nachricht von der Streikfront in Meyer's-Hof:

Daß es bereits 1930 in Meyer's-Hof einen Mieterrat gegeben hat, belegt ein kurzer Bericht einer Agitproptruppe in der Zeitschrift „Arbeiterbühne und Film“ vom September 1930.

Die Jugendtruppe der „Roten Blusen Berlin“ auf Haus- und Hofpropaganda

→L 41

Der Mieterrat des Hauses Ackerstr. 132/33 Meiershof in Berlin forderte unsere Truppe zum Freitag, den 15. August, zur Haus- und Hofpropaganda an. Mit sehr gemischten Gefühlen begaben wir uns zum verabredeten Ort, denn es regnete in Strömen, und wir hatten Angst, unsere 50. Jubiläumsveranstaltung in diesem Jahre würde ins „Wasser“ fallen. Der Empfang, der uns zuteil wurde, übertraf alle unsere Erwartungen.

Bemerkenswert war die Ausschmückung des Hauses, die uns zu unserer Tätigkeit sehr zu statten kam. Aus fast jedem Fenster hing eine rote Fahne. Der Regen hatte aufgehört, so daß über 300 Mieter unserem Spiel beiwohnten. Wir leiteten unser Spiel mit einer kurzen Wahlszene ein, die sehr gut auf Haus- und Hofpropaganda zugeschnitten ist. Außerdem brachten wir einen Zörgiebel-Reigen, einen Wahlsprechchor und noch einige andere Szenen. – Unser Spiel hinterließ auf die Zuschauer eine große Wirkung. Es wurden für den Wahlfonds der KPD 15,80 Mark gesammelt.

Die Haus- und Hofpropaganda hat nicht nur für die Agitproptruppen eine Wirkung, sondern sie macht auch Propaganda für die einzige Arbeiterpartei, der KPD, zu den kommenden Wahlen.

Jugendtruppe der „Roten Blusen Berlin“.

Streit in Meyers Hof unerschütterlich

Christliche Mieter schließen sich dem Kampf an

Die Kampfseltung der streikenden Mieter von Meyers Hof berichtet der „Rote Fahne“ über die Lage des Kampfes:

„In einer Mieterversammlung wurde zur Streiklage Stellung genommen. Die bisherigen Verhandlungen mit dem Hauspasha Tumarfin sind ergebnislos verlaufen. Die Mieter verharren im Streik und verschärfen ihn. Daran werden auch die Schikanen des Hauspashas, der gedroht hat, nur noch gerichtliche Verhandlungen zu führen, auch nichts ändern. Die Mieter haben zu ihren fünf Forderungen noch drei hinzugefügt. Sie verlangen die Beleuchtung der dunklen Korridore. Die Mieter protestieren auf das Schärfste gegen die Entfernung von Plakaten, die anfündigen, daß das Wassergeld laut Gerichtsbeschuß nicht bezahlt zu werden braucht. Drei Waschlücher müssen eingebaut werden. Der Verwalter Ritter, der nie zu erreichen ist, muß abgesetzt werden.“

Eine Delegation der streikenden Häuser, Wiesenstraße 60 und Gipsstraße 11, überbrachten den streikenden Meyerhof-Mietern Solidaritätsgrüße. Der christliche Verein „Apostelamt Johannis“ hat sich unserem Streik angeschlossen. Die Räume liegen auch auf dem Meyerhof. Da staunt Ihr!?

Mit Kampfesgruß Die Kommission von Meyers Hof.“

←L 42

Unter den Nachrichten über einzelne Häuser in diesem Monat findet sich auch ein Aufruf des „Zentralen Mieterausschusses Groß-Berlin“, der für den 5.2. zum „4. Groß-Berliner Mieter-Delegiertenkongreß“ aufruft.

In erschreckendem Maße steigt das Elend der werktätigen Mieter. Neben Lohn- und Gehaltsabbau, Unterstützungsabbau und neuen Steuern und Zöllen, muß der Mieter einen täglichen Kampf führen gegen Wohnungsnot, Mietwucher und Exmission. Neun Millionen Erwerbslose in Deutschland sind auf Hungerration gesetzt, während in den kapitalistischen Ländern Lebensmittel vernichtet und unbrauchbar gemacht werden.

→L 43

Auf den Kohlenhalden in Deutschland türmen sich die Kohlenberge ins Unermeßliche, aber Millionen Erwerbslose und Unterstützungsempfänger, Männer, Frauen und Kinder läßt man in ihren elenden Wohnbaracken frieren.

Mit der täglichen Sorge um die Erhaltung des eigenen Lebens wächst die Sorge um die Erhaltung der Wohnung, steht vor jedem Werktätigen die bange Frage: „Wann werde ich exmittiert?“ Die Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft, die Aufhebung der Mieterschutzgesetze am 1. April 1933 werden das allgemeine Elend noch steigern. Dem Hausbesitz werden Millionen über Millionen in den Rachen geworfen, dem werktätigen Mieter nimmt man alles.

Wir rufen zur Gegenwehr! Unser Kampf um die Erhaltung der Wohnung ist ein Kampf gegen alle Verelendung der werktätigen Mieter, ist ein Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung.

Am Sonntag, dem 5. Februar 1933, vormittags 9 Uhr, findet in Berlin, in Kliems-Festsälen, Hasenheide 13-15, der 4. Groß-Berliner Mieter-Delegiertenkongreß statt. Dieser Kongreß hat Aufgaben zu lösen und zu erfüllen, die von entscheidender Bedeutung für die werktätigen Mieter sind.

Der Architekt Hannes Meyer, ehemaliger Direktor des Bauhauses in Dessau, beschreibt die Wohnungssituation in Berlin Anfang 1933

Berlin, 30.1. – 19.2.1933 ←L 44

In dieser kalten Winternacht zählte ich auf dem 800 m langen Weg vom Anhalter Bahnhof bis zum Potsdamer Platz 108 Prostituierte. Ich wohne in Weißenstadt in Reinickendorf-Wedding, der Mustersiedlung, die von einer Gruppe bekannter Architekten unter der Leitung von Prof. Salvisberg gebaut wurde. Die Bewohner der Siedlung sind zum großen Teil Angestellte, Kleinbürger und Intelligenz.

Für unsere weiträumige, rationell eingerichtete Dreizimmerwohnung mit Kochnische, Bad, Gas, Elektro, Heißwasser und Zentralheizung muß man 78 Mark Monatsmiete zahlen. Bauherr und Besitzer der Siedlung ist die sogenannte „Gemeinnützige Baugesellschaft Primus AG“. In Berlin baute die Gesellschaft mehr als 5000 Häuser. Um so mehr erstaunt mich, daß von den 1200 Wohnungen unserer „Weißenstadt“ 300 leerstehen.

Nach Berechnung des statistischen Amtes in Berlin standen am 1.12.1932 in Berlin 26 655 Wohnungen und 23 028 Betriebsräume leer. Aber zur selben Zeit, da diese leerstehenden Räume für die Besitzer und Spekulanten durch die Polizei des damals noch sozialdemokratischen bürgerlichen Magistrats elfrig beschützt wurden, lebten 100 000 bis 110 000 Menschen in Barackenkolonien am Rande der Stadt neben diesen neuen Häusern, während andere Hunderttausende in beangstigender Enge in den alten Arbeiterbezirken Berlins hausten.

Die Hausverwaltung der Primus AG, im Eckhaus am Eingang zur Siedlung, nimmt die Zahl der Mieter in Empfang. Eines schönen Morgens war unter dem Fenster des Büros die Losung zu lesen: „Zuerst das Essen – dann die Wohnungsmiete!“ Auf der gegenüberliegenden Seite eine zweite Losung: „Jeder verringert seine Wohnungsmiete um 10 %!“ Das ist „Wohnungstreik!“ ... Am Abend fand eine Mieterversammlung statt, auf der beschlossen wurde, die Wohnungsmiete gruppenweise zu bezahlen, um die Verringerung der Wohnungsmiete durchzuführen und zögernde Mieter mitzureißen.

Es ist schwer, sich die menschlichen Nöte in diesen modernsten Wohnungen vorzustellen. In der Wohnung, in der ich lebe, waren ein Student, eine Fotografin, ein Werkstattangestellter und ein arbeitsloser Techniker untergebracht. Die Gespräche drehten sich immer wieder um die drohende Beschlagnahme der Wohnungen und die Aussiedlung wegen Nichtzahlung der Miete. Und unsere Wohnungsnachbarn behandelten die Frage nach einer Möglichkeit, die Aussiedlung zu verhindern. Einer von ihnen fand am Abend an seiner Tür folgende Anzeige, die mit vier Siegeln befestigt war:

„Herrn X. Ab heute sind Sie aus Ihrer Wohnung ausquartiert, und Sie haben kein Recht, die Schwelle derselben zu übertreten. Ihre Sachen befinden sich im Pfandhaus in der und der Straße. Der Haupt-Gerichtsvollzieher.“

Im allgemeinen wird die Aussiedlung aus dieser gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft unter dem Schutze eines diensttuenden Polizeikommandos vorgenommen. Bei einer solchen Gelegenheit hatten Halbwuchsiges, die in dem Hause wohnten, ein dreißig Meter langes Plakat am Eingang zur Siedlung aufgehängt: „Polizisten, schließt nicht auf Arbeiter!“

Unter Führung des Zentralen Mieterausschusses Groß-Berlin ist eine Mieterausschuß-Bewegung in Berlin entstanden, die heute Tausende gewählte Mietervertreter umfaßt. In unzähligen Mieterkämpfen haben die Mieter gemeinsam, ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit, der KPD-Arbeiter neben dem Arbeiter der SPD. und der NSDAP. und diese alle gemeinsam mit parteilosen Arbeitern, Angestellten, Beamten und Kleinwerbetreibenden, den Kampf um die Wohnung in der Einheitsfront erfolgreich behauptet.

Zum Teil mußte dieser Kampf geführt werden gegen die seit Jahren bestehenden Mietervereine und Organisationen, die den Mietern wohl die hohen Beiträge abnehmen, sonst aber nichts tun, um den täglichen Kampf der Mieter zu unterstützen. Unser Appell an die Mietervereine und Organisationen, sich einzureihen in die Groß-Berliner Mieterausschuß-Bewegung ist gescheitert an der Engstirnigkeit der Verwaltungsbürokratie dieser Mietervereine und -organisationen, denen ihre eigene Anstellung im Verein mehr wert ist als die Unterstützung der Mieter in ihrem berechtigten Kampfe.

Der 4. Groß-Berliner Mieter-Delegiertenkongreß ist der Kongreß aller Berliner Mieter. Entsendet eure Mietervertreter! Jedes Berliner Haus muß vertreten sein.

Zentraler Mieterausschuß Groß-Berlin.

i.A. Georg Kautz, 1. Vorsitzender.

Am 31.1.1933 erscheint im Vorwärts als Reaktion der SPD-Führung auf diesen von der KPD unterstützten Aufruf zum Kongreß der in den Häusern gewählten Mietervertreter ein Artikel, in dem den Parteigenossen bedeutet wird, daß sie diesen Kongreß zu meiden haben.

→L 45 Kampf der Mieter!

Der Wohnungs- und Mieterausschuß der SPD., Bezirksvorstand Berlin, ersucht uns um die Aufnahme folgender Zeilen:

Aus der „Roten Fahne“ ersehen wir, daß zu einem Mieter-Delegiertenkongreß am Sonntag, dem 5. Februar, von einem zentralen Mieterausschuß Groß-Berlin eingeladen wird. Der Wohnungs- und Mieterausschuß der SPD., Bezirk Berlin, hat mit dieser Sache nichts zu tun und lehnt es ab, sich unter die Obhut eines zentralen Mieterausschusses zu stellen. Mitte Februar dieses Jahres findet die ordentliche Funktionärerversammlung aller Mieterfunktionäre unserer Partei statt. Diese Versammlung wird neben dem geschäftlichen Teil, Bericht und Neuwahl des Ausschusses, auch zu den mieterrechtlichen Tagesfragen nach einem Referat des Genossen Felgentreu Stellung nehmen. In dieser Versammlung haben unsere Parteigenossen und Mieterfunktionäre sich zu entscheiden, wie Mieterinteressen wirklich vertreten werden. Wir führen keinen Kampf gegen die Mietervereine und Organisationen, sondern wir kämpfen mit dem Bund deutscher Mieterverbände (Sitz Dresden) und dem Reichsbund deutscher Mieter gemeinsam um die großen Aufgaben der Mieterinteressen. Die von unserer Reichstagsfraktion beantragten Gesetzentwürfe über Mietbeihilfen, Mietsenkungen und Vollstreckungsschutz sind unsere vorrangigsten Aufgaben, an deren Durchführung wir arbeiten, ehe noch der Reichstag dazu Stellung genommen hat. Wohnungsmangel, Reichsmietengesetz und das Gesetz über Mieterschutz und Mieteinigungsämter müssen bis zum 31. März 1935 verlängert werden. Arbeitsbeschaffung durch Kleinwohnungsbau und Renovations- und Reparaturpflicht für den Althausbesitz, Schaffung eines sozialen Mietrechtes, das sind unsere Forderungen, die wir auch im allgemeinen Interesse durchführen wollen, aber nicht gegen die beiden größten Mieterverbände, sondern im Einvernehmen mit den freien Gewerkschaften und den Mieterorganisationen. – Unsere Parteigenossen haben den Kongreß des zentralen Mieterausschusses zu meiden. Wir lehnen eine Einheitsfront mit der NSDAP. ab.

Die Inhalte und Argumentationen der beiden Artikel, die wir hier gegenübergestellt haben, machen vor dem Hintergrund der Machtübergabe an Adolf Hitler am 30.1.1933 deutlich, wie unüberbrückbar die Gegensätze zwischen SPD und KPD sind, wie noch in letzter Minute die Versuche einer breiten, sogar bis in die unteren Gruppierungen der SA reichenden Einheitsfront scheitern, wie auf der einen Seite versucht wird, die Streikfront unmittelbar aus den Häusern heraus zu organisieren, und auf der

anderen Seite an traditionellen rechtlichen Vertretungen festgehalten wird. Die Ereignisse der nächsten Tage machen klar, wer davon profitiert hat.

Es ist heute nicht mehr möglich, das genaue Ausmaß des Mieterstreiks in Berlin, der am 1.8.1932 beginnt, sich bis zum Februar 1933 immer mehr ausbreitet und dann in den „großen“ politischen Umwälzungen untergeht, zu ermitteln. Keiner der Beteiligten hatte Zeit und Grund, die unabgeschlossene Geschichte des Streiks festzuhalten, zumal es in den unmittelbar folgenden Jahren gefährlich gewesen wäre; außer den Zeitungsberichten ist nichts von ihm schriftlich überliefert. Am 30.10.1932 meldet die „Rote Fahne“ z.B.: *Allein um den Stettiner Bahnhof herum stehen 312 Häuser mit 14.615 Mietern im Mieterstreik.* Es gibt keinen Grund, diese Angabe zu bezweifeln. Aus den Pressenachrichten, die immer wieder durch zeitweilige Verbote der „Roten Fahne“ unterbrochen sind, kann man 134 Adressen von Häusern oder Siedlungen ermitteln, in denen gestreikt wird, Exmissionen verhindert oder leerstehende Wohnungen besetzt werden. Sie dokumentieren den Widerstand gegen unerträgliche Lebensbedingungen.

Nach der Machtübergabe erscheinen noch zwei weitere Berichte über Meyer's-Hof. Am 31.1.1933 erscheint in der Zeitung Die Welt am Abend eine Reportage unter dem Titel *Besuch in der Zilleburg. Das war sein Milljöh! – Wie es heute im Meyershof aussieht.* Neben der noch weiter überhöhten Bemerkung, daß Meyer's-Hof Zille sogar zu seinem immer wieder zitierten Satz über die Wohnungen, die töten können, inspiriert haben soll, enthält der Artikel auch neue Angaben über die genaue Zahl der streikenden Mieter in Meyer's-Hof und die Information, daß im Zentralen Mieterausschuß 3300 Mietervertreter vertreten sind, was auf eine etwa ebenso hohe Zahl der vertretenen Häuser schließen läßt. Das würde die zitierte Angabe über die Häuser um den Stettiner Bahnhof glaubwürdig machen.

In diesen Tagen wird der alte und dennoch zu früh dahingegangene Zille anlässlich seines Geburtstages vielfach gefeiert, ausgestellt und natürlich auch geschmäht. ← L 46

Indessen: an jenen Ort, wo Zille die meisten und besten Eindrücke empfang, mit dessen Bewohnern er aufs engste verwachsen war, Freud und Leid mit ihnen teilte, denken wenige: den Meyershof in der Ackerstraße.

In den siebziger Jahren wurde diese alle ihrer Art überragende Mietskaserne gebaut. Es sollte eine soziale Tat sein. Neben einer Badeanstalt und einer Küche war sogar ein eigenes Wasserverk gebaut worden.

Heute streiken die Meyershof-Mieter und das sagt eigentlich schon genug über die gegenwärtig herrschenden Zustände, die bereits zu des alten Zille Zeiten unerträglich waren.

„Auch Wohnungen können Menschen töten.“ Heinrich Zille prägte diesen Satz aus seinen Meyershof-Erlebnissen.

Der unmittelbare Anlaß des Streiks, sozusagen der Funke im Pulverfaß, war das Wasser. Als das eigene Wasserwerk außer Betrieb gesetzt und die Leitungen an das städtische Rohrnetz angeschlossen worden waren, ergab sich, daß die ganze Einrichtung unbrauchbar und das Wasser trübe und schmutzig war.

Herr Tumarkin, der Großfürst vom Meyershof, nahm für diese Brühe 3 Prozent der Friedensmiete. Später wurde er frecher und nahm 6 Prozent. Bis ihm vor Gericht bescheinigt wurde, daß er für solches Wasser überhaupt nichts zu nehmen habe. Darauf verzichtete Tumarkin auf das Wassergeld und nahm dafür mehr Miete. Die Mieter beschlossen nun den Streik, aus dem aber nichts wurde, denn auch ein Mieterstreik will erst richtig geschaukelt sein. Nachdem aber ein paar beherzte Männer die Geschichte in die Hand genommen hatten, klappte es. Von 230 Mietern stehen nun 227 im Streik, einschließlich der Kirche.

Dieser Tage war eine große Kommission, bestehend aus Ärzten, Architekten usw. in Meyershof, um Haus und Leute zu untersuchen. Was die Kommission fand, war einfach schrecklich.

Die Kellerwohnungen, eineinhalb Meter unter der Erde, sind durchweg naß. An den Wänden Schwamm, der Fußboden aus kaltem Zement, kein Abguß, keine Toilette, oft nicht einmal ein Ofen. Eine Frau erhielt erst einen Ofen, nachdem sie einige Stunden bewußtlos in dem Loch gelegen hatte.

In der Hälfte der Wohnungen ist es dunkel und die Wände sind zerrissen. In etwa 170 Wohnungen zieht's wie Hechtsuppe und in fast ebensoviel

Die bestreikten Häuser

Außer den Zeitungsberichten gibt es keine Unterlagen oder Nachrichten über das Ausmaß des Mieterstreiks zwischen dem 1.8.1932 und dem Februar 1933. Es sollen sich mehrere hundert Häuser, über die ganze Stadt verteilt, daran beteiligt haben. Folgende Adressen von Häusern, in denen gestreikt wird, in denen in diesem Zeitraum Exmissionen verhindert werden oder leerstehende Wohnungen besetzt werden, sind den Pressenachrichten zu entnehmen:

Mitte:

- Annenstr. 42/43
- Bergstr. 79
- Dresdener Str. 52/53 und 107
- Engelufer 10
- Fischerbrücke
- Fischerstr. 13, 14, 15, 16, 17, 24
- Friedrichsgracht
- Georgenkirchstr. 37a
- Gipsstr. 11
- Grenadierstr. 19, 23
- Invalidenstr. 138
- Keibelstr. 10, 40, 41
- Kölnische Str.
- Kronenstr. 71
- Molkenmarkt 1
- Neue Friedrichstr. 99
- Petristr.
- Schornsteinfegergasse
- Schwedter Str. 50
- Sebastianstr. 21
- Stralauer Str. 39
- Wallstr.
- Weinbergsweg 2

Wedding:

- Ackerstr. 132/133
- Christianstr. 10
- Kösliner Str. 2, 4, 6, 7, 13, 15, 16, 18, 20, 24
- Koloniestr. 28
- Liebenwalder Str. 41
- Reinickendorfer Str. 31
- Ruheplatz 26
- Swinemünder Str. 1, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126
- Triftstr. 6
- Wiesenstr. 37, 60

Prenzlauer Berg:

- Immanuelkirchstr. 35
- Lychener Str. 18
- Mendelssohnstr. 11
- Raumerstr. 8
- Stargarder Str. 58
- Wörther Platz

Friedrichshain:

- Am Ostbahnhof 10
- Breslauer Str. 5
- Friedrichsfelder Str. 28
- Gollnowstr. 32
- Kleine Markusstr. 22
- Koppenstr. 47, 95
- Lange Str. 25, 91
- Lichtenberger Str. 15
- Liebigstr. 46
- Markusstr. 5
- Mirbachstr. 70
- Palisadenstr. 5, 9, 22, 23, 43, 91
- Rigaer Str. 10, 16
- Warschauer Str. 49
- Weidenweg 12

Kreuzberg:

- Eisenbahnstr. 28, 29, 30, 31, 32, 34
- Forsterstr. 57
- Köpenicker Str. 34/35, 148/149
- Manteuffelstr. 4, 123
- Mückernstr. 71
- Naunynstr. 8, 29, 70, 80, 84
- Pücklerstr. 4, 5, 14

- Ritterstr. 27
- Schönleinstr. 8
- Skalitzer Str. 54
- Wrangelstr. 133

Tiergarten:

- Berlichingenstr. 13, 16, 17
- Steinmetzstr. 45
- Wittstocker Str. 18

Schöneberg:

- Goltzstr. 29
- Guthsmuthstr.

Wilmersdorf:

- Breitenbachplatz (Künstlerkolonie)
- Joachim-Friedrich-Str. 43
- Wühelmsau

Charlottenburg:

- Kleiststr. 37/38
- Nollendorfplatz
- Stuttgarter Platz 17

Reinickendorf:

- Großsiedlung Schillerpromenade (Primus-AG), gen. „Weiße Stadt“
- „Roland-Siedlung“
- Borsig-Siedlung
- Friedrich-Ebert-Siedlung

Lichtenberg:

- Ludwigstr.
- Sophienstr.

Treptow:

- Grätzstr. 41
- Kaiser-Wilhelm-Str. 45

Neukölln:

- Bergstr. 70
- Kaiser-Friedrich-Str. 83
- Prinz-Handjery-Str. 77
- Thiemannstr. 19

Wohnungen ist mehr Wasser in den Wänden als in den Leitungen. Waschküchen sind rar. Die vorhandenen müssen Tag und Nacht benutzt werden, wenn jeder Mieter alle 8 bis 10 Wochen einmal zum Waschen kommen soll.

Wenig Kinder gibt es in Meyershof. Die Familien, die mehr wie ein Kind besitzen, kann man an den Westenknöpfen abzählen. Über die Ursache haben die Ärzte grauenhafte Feststellungen gemacht.

Eine Frau hatte 20 Geburten hinter sich, elf Fehlgeburten und neun normale. Von den neun Kindern leben noch drei. Die anderen sind gestorben, meistens schon im ersten Jahre.

Die Hälfte der Bewohner von Meyershof haben nur ein an den anderen Tag ein warmes Mittagessen, ein Fünftel hat seit langer Zeit noch niemals ein Stückchen Fleisch gegessen.

Fast kein Mieter ist völlig gesund. Beinahe die Hälfte leidet an Rheuma. Weit verbreitet sind Magen- und Darmkrankheiten, Krankheiten der oberen Luftwege, vor allem aber auch Herz- und Nervenkrankheiten, so daß schon eine große Anzahl Selbstmordversuche zu verzeichnen sind. Über die Hälfte der Kinder leidet an Rachitis bzw. den Folgen und ist unterernährt.

Der Hausbesitzer hat gemerkt, daß die Meyershof-Bewohner nicht mit sich spaßen lassen. Er hat inzwischen Kompromißvorschläge gemacht, zumal alle Behörden, die das Haus besichtigten auf Grund der haarsträubenden Verhältnisse nicht geneigt sind, sich auf Seiten des Besitzers zu stellen.

Herr Tumarkin hat sich sogar herabgelassen, auf dem Meyershof mit den Bewohnern zu verhandeln. Die aber schrien: „Wir verhandeln nicht weiter, wir streiken weiter!“ und Herr Tumarkin mußte ohne Luft in den Autoreifen wieder von dannen fahren.

Das Verhalten der Bewohner von Meyershof hat beispielhaft gewirkt. Das bestätigt uns der Zentrale Mieterausschuß in dem zur Zeit 3.300 Mieterräte zusammengefaßt sind. Am 5. Februar findet bei Kliems, Hasenheide, eine Mieterräte-Konferenz statt, die für den Mieterkampf in Berlin große Bedeutung haben wird. Deshalb sollten möglichst viele Häuser dort-hin Delegierte entsenden.

Die zitierte Kommission von Ärzten und Architekten ist wahrscheinlich eine vom Zentralen Mieterausschuß eingerichtete Kommission, die Besichtigungen in den bestreikten Häusern vornimmt, um die Verhältnisse umfassend und sachverständig zu prüfen. Wie sie gearbeitet haben - Berichte darüber haben wir nicht finden können -, verdeutlicht vielleicht eine ihrer

Name	Familie			Beruf	Wie lange erwerbslos	Unterstützung	Wohnung	Miete	Krankheiten	Mittagessen
	Mann	Frau	Kind							
Er.	38	37	—	Malier	3 Jahre	28,50 Mk. 14 (Hgl.)	Kochküche	15,85	Frau schw. Gallenleiden	dreimal wöchentlich nur an Zablagen nur Sonntags
Wa.	22	24	3	Kaufmann	3 1/2 „	26,00 Mk. 14 (Hgl.)	Stube u. Küche	33,75		
Schf.	23	25	8 u. 9	Schlichter	3 „	18,00 Mk. wöchl.	Kochstube	20,25	Frau Gelenkrheumalismus	jede zweite Woche kein Fleisch, Hülsenfrüchte für mehrere Tage
M.	30	26	2 u. 4	Arbeiter	2 „	16,50 Mk. wöchl.	Stube u. Küche	28,44	Kind Rachitis	
Wa.	—	36	16 u. 19	Näherin	1 Jahr	17,60 Mk. 14 (Hgl.)	Kochstube	18,19	schw. Unterleib., Rheuma.	
Er.	32	33	7 u. 7 1/2	Arbeiter	beschäftigt	30,00 Mk. wöchl.	Stube u. Küche	24,25	Kinder Tb.-verdächtig	
Er.	61	61	—	Reinigerin	—	25,00 Mk. montl.	Kochstube	15,89	Frau jahrelang Tb.	
Er.	—	85	—	Reinigerin	—	34,00 Mk. montl.	Kochstube	14,25		
Er.	—	61	—	Arbeiterin	—	Wohlf.-Bstille	Stube u. Küche	22,50	Nabelbruch	
Er.	40	39	8	Invalide	seit 25 Jahre	40,00 Mk. montl.	Stube u. Küche	17,00	Mann jahrel. nisan Tb.	mehrmalig ohne Fleisch
Er.	27	25	1	Arbeiter	2 Jahre	17,10 Mk. wöchl.	Stube u. Küche	25,35		
Er.	24	20	1	Arbeiter	3 „	11,70 Mk. wöchl.	Kochstube	15,89	Mann Tb.	Hülsenfr. f. mehr. Tage
Er.	26	—	2	Bauarbeiter	1 Jahr	13,00 Mk. wöchl.	Kochstube	18,70	Kind Tb., Frau Tb. gest.	Hülsenfr. f. mehr. Tage
Er.	67	(Pflagarin, 39)	—	Arbeiter	4 Jahr krank	39,00 Mk. montl.	Stube u. Küche	23,85	Mann offen Tb.	Volksküche, Wohlfahrt
Er.	—	29	5 u. 8	Arbeiterin	3 Jahre	11,00 Mk. wöchl.	Kochstube	19,00	Kinder unterernährt	ist fast nichts
Er.	44	—	—	Arbeiter	2 1/2 „	18,00 Mk. 14 (Hgl.)	Kochstube	19,00		vermal wöchentlich
Er.	12	28	—	Arbeiter	2 1/2 „	12,00 Mk. wöchl.	Kochstube	20,37	Frau schwer magenkrank	Bakante geben Mittag
Er.	—	52	18 u. 23	—	5 „	7,50 Mk. wöchl.	Stube u. Küche	24,85	Fam. Tb.-verd., Mann Tb.†	Jeden 2. Tag ohne Fleisch
Er.	28	26	5 u. 1/2	Arbeiter	3 „	18,00 Mk. wöchl.	Kochstube	18,86		IAH.-Küche, sonst nichts
Er.	30	32	8	Sattler	2 „	12,00 Mk. wöchl.	Stube u. Küche	28,00	Kriegsinvalide	3 Tage immer dasselbe
Er.	24	24	3	Arbeiter	krank	—	Kochküche	—	Fam. Tb., Mann in Bueh	10mal in 14 Tg. Mittag
Er.	—	54	—	Arbeiterin	krank	22,50 Mk. montl.	Kochküche	12,30		hin und wieder Mittag
Er.	—	72	—	Reinigerin	—	44,00 Mk. montl.	Kochstube	12,30	schw. offene Füße	koht für mehrere Tage
Schm.	84	—	—	Reiniger	—	55,50 Mk. montl.	Kochstube	10,00	nicht laufen, Schlaganfälle	Wohlfahrtküche
Er.	28	27	7	Koier	Kurzarbeit	25,00 Mk. wöchl.	Stube u. Küche	25,45		ist täglich
Er.	48	40	12	Eisbah.-Arb.	2 1/2 Jahr	64,00 Mk. montl.	Stube u. Küche	22,75		ist täglich
Er.	37	30	—	Strassenrg.	beschäftigt	33,00 Mk. wöchl.	Stube u. Küche	24,25	schwer Rheumatismus	Hülsenfr., Sonnt. Fleisch
Schm.	34	32	—	Zapfer	beschäftigt	19,00 Mk. wöchl.	Stube u. Küche	29,03		koht 1/2 ohne Fleisch
Er.	39	33	2	Dachdecker	2 Jahre	15,00 Mk. wöchl.	Kochstube	15,33		koht f. mehr. Tg. ohne FL
Sch.	—	38	—	Arbeiterin	Kurzarbeit	16,00 Mk. wöchl.	Kochstube	12,30		Nur b. Vollarbeit Mittag
Er.	—	58	—	Toll.-Frau	beschäftigt	—	Kochstube	15,85		koht täglich
Er.	—	48	—	Arbeiterin	beschäftigt	40,00 Mk. montl.	Kochstube	15,29		koht zweimal wöchl. f. m.
Er.	28	29	2 1/2	Malier	2 Jahre	17,00 Mk. wöchl.	Stube u. Küche	30,00		Tage ohne Fleisch

→L 47 Statistische Erhebung, die die Redaktion der „Roten Fahne“ unter Mitarbeit ihrer ärztlichen Sachverständigen und einiger Arbeiterkorrespondenten in dem bestreikte Haus Weidenweg 12 ermittelt

liche Untersuchung für das streikende Haus Weidenweg 12, die am 28.10. ←L 48
1932 in der Roten Fahne auf der ersten Seite vorgestellt wird. Hier finden wir zum ersten Mal eine alternative Statistik, die Einblick gibt in den Zustand der Verelendung der Mieter, und die den Zusammenhang herstellt zwischen Arbeitslosigkeit, Ernährung und Gesundheit, bezogen auf die Wohnungsverhältnisse.

Dieses Dokument zeigt, daß neben Propaganda und Organisationsarbeit auch die exakte Untersuchung der öffentlich nicht zu erfahrenden Verhältnisse nicht fehlt. Es bleibt zu hoffen, daß durch diese Wiederveröffentlichung sich möglicherweise Spuren der damaligen Arbeit finden lassen, die Licht in den tatsächlichen Umfang dieses Mieterstreiks bringen können.

Die letzte Nachricht von dem Streik und zugleich die letzte aus Meyer's-Hof findet sich in der Roten Fahne vom 9.2.1933.

Danach, bis zum Verbot der Roten Fahne, die noch bis zum Reichstagsbrand am 27.2.1933 erscheint, finden sich keine Nachrichten mehr, die über den weiteren Verlauf des Mieterstreiks Auskunft geben. Vor dem Hintergrund des verzweifelten Versuchs, doch noch einen Generalstreik als letztes Mittel gegen den sich auf allen Ebenen und mit allen Mitteln durchsetzenden Faschismus zu organisieren, ist das zu verstehen. ←S. 560

„... Tumarkin kommt nicht auf seine Kosten“ Meyers-Hof-Mieter kämpfen ungebrochen um ihre Forderungen

In einmütiger Geschlossenheit führen die 1500 Bewohner von Meyers Hof ihren Kampf um Renovierung und Mieteentlung, trotzdem der Hauspasha Tumarkin nichts unversucht ließ, die Streikfront zu zerlegen.

Vor einigen Tagen schickte der Hauswirt allen Mietern einen Brief, worin er ihnen eine 5prozentige Mieteentlung antrug, wenn sie sofort den Streik abbrechen würden. Er behauptete weiterhin darin, daß die völlig verpesteten Wassertöhrzen zum Teil schon erneuert seien, was absolut nicht zutrifft, denn das Wasser wild von Tag zu Tag schmutziger.

Auf die Forderung der Mieter, drei neue Waschlüchen einzubauen, hat er nur die eine Antwort: „Selt über 50 Jahren sind die Mieter mit den beiden alten Waschlüchen ausgekommen und an die Einrichtung der drei neuen Waschlüchen sei gar nicht zu denken. Zum Schluß drohte er noch, jeden Bewohner erzmittieren zu lassen, der nicht in Kürze seine Miete zahlt.“

Die kämpfenden Mieter haben das Ansinnen des Welsgarbistigen Tumarkin einmütig abgelehnt. Als Antwort haben sie in großen Lettern an die Hausfront geschrieben:

„Tumarkin kommt nach Berlin, um arme Leute auszugleichen, doch Meyers Hof ist auf dem Posten, und er kommt nicht auf seine Kosten!“

Gegen 9 Mieter hat er jetzt Ermittlungslagen eingereicht. Zwei Familien sollen bereits am 16. Februar auf die Straße gelegt werden. Damit glaubt Tumarkin die einheitliche Kampf-

front zu brechen. Außerdem hat er drei Mieter, die ihm gerade gefielen, zu Verhandlungen eingeladen. Die Kämpfenden haben aber solche Hintertreppenverhandlungen zurückgewiesen. Verhandlungen können im Meyers Hof nur mit dem gewählten Mieterrat geführt werden.

Polizeiaktion gegen die Brüder Walter Langes

Wie wir erfahren, wurden gestern früh um 1.30 Uhr die beiden Brüder des von den Nazis erschossenen Jungarbeiters Walter Lange von der Polizei aus den Betten geholt und nach dem Alex gebracht. Dort mußten sie eine stundenlange ergebnislose Vernehmung über die Schließerei in der Wallstraße, bei der Maitowski und der Polizeibeamte Zauritz getötet wurden, über sich ergehen lassen. Wie aus der Vernehmung ersichtlich, wurden die beiden Jungarbeiter von der Polizei verdächtigt (!), den Maitowski erschossen zu haben. Während Mitt Lange um 8 Uhr morgens wieder entlassen werden mußte, wurde der Stiefbruder Walter Langes, Erich Kusche, bis nachmittags 5 Uhr in Haft behalten. Kurz vor seiner Entlassung wurde Erich Kusche im Präsidium noch von allen Seiten fotografiert. Im Namen der Berliner Arbeiterschaft erheben wir gegen bezahlte Polizeimethoden den schärfsten Protest. Wir verlangen, daß die Polizei die Ermittlungen da anstellt, wo sie nach zahlreichen Zeugenaussagen nur Erfolg haben können, nämlich unter den Mitgliedern des Sturms 33!

Die letzte Nachricht vom Mieterstreik in Berlin in der „Roten Fahne“ vom 9.2.1933. ←L 49

Die anschließende Nachricht über die Polizeiaktion bezieht sich auf die Ereignisse in der Charlottenburger Wallstraße, die Jan Petersen in seinem Roman „Unsere Straße“ eingehend beschrieben hat

Jürgen Kuczynski
Der „Kampf gegen die Arbeitslosigkeit“ war
Kriegsvorbereitung

Zwei Ziele hatten die Monopolisten, als sie 1932 die faschistische Herrschaft errichteten:

1. Die Kommunistische Partei zu unterdrücken, um sie daran zu hindern, die Führung in einem revolutionären Kampf gegen das Monopolkapital zu übernehmen, und so „den Klassenkampf“, das heißt jeden organisierten Kampf der Werktätigen, gegen das Kapital „abzuschaffen“.

2. Einen neuen Vorstoß im Kampf um die Welt-herrschaft zu unternehmen und als Voraussetzung dafür Deutschland aufzurüsten.

Was das erste Ziel betrifft, so erreichten es die Faschisten, die immer stärker gewordene Bewegung gegen das Monopolkapital zum Rückzug zu zwingen – bis der Überfall auf die Sowjetunion das deutsche Monopolkapital mit der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, mit dem Sowjetvolk konfrontierte: Diese Konfrontation zerbrach die Macht der deutschen Monopole. Der Klassenkampf aber wurde und konnte in Deutschland ebensowenig wie die Kommunistische Partei Deutschlands „abgeschafft“ werden. Davon wird noch ausführlicher zu berichten sein.

Was die Aufrüstung als Voraussetzung für die Auslösung eines neuen, eines zweiten Weltkrieges betrifft, so gelang sie den Faschisten unglücklicherweise für unser Volk in beachtlichem Ausmaß.

Der amtliche Index der Produktion von „Produktionsgütern“, das heißt von Gütern wie Eisen, Stahl, Maschinen, Chemikalien, Gas, Elektrizität usw., die für die Rüstungsproduktion wichtig sind, entwickelte sich wie folgt:

Index der Produktion von Produktionsgütern
(1928 = 100)

Jahr	Index
1932	46
1933	54
1934	77
1935	99
1936	113
1937	126
1938	136

Innerhalb von drei Jahren, von 1932 bis 1935, hatte sich die Produktion solcher Güter mehr als verdoppelt, und in sechs Jahren war sie auf das Dreifache gestiegen.

Dabei müssen wir auch folgendes beachten: Im Mai 1935 überschritt die Produktion von Produktionsgütern das Niveau von 1928. Zu diesem Zeitpunkt lag die Produktion von Konsumgütern aber noch um mehr als zehn Prozent unter dem Niveau von 1928 und gab es nach den offiziellen Statistiken noch immer mehr als zwei Millionen Arbeitslose. Zu einer Zeit also, als die Zahl der Arbeitslosen noch nahezu doppelt so hoch war wie im Jahre 1928, überschritt die Produktion von Produktionsgütern bereits das Niveau dieses Jahres. Diese Tatsachen zeigen, welch außerordentlichen Wert die Faschisten auf die Forcierung der Rüstungsproduktion legten, wie sie vom ersten Tage ihrer Herrschaft an gewissermaßen einen wesentlichen Teil der Wirtschaftskräfte auf einen schnellen Aufbau der Rüstungsindustrien konzentrierten. Alles für die Rüstung – ohne jede Berücksichtigung anderer Interessen –, so lautete die Parole der Monopolisten.

Das geht noch deutlicher aus folgender Tabelle hervor, die nur die Produktion von reinen Rüstungs-waren, also Kanonen, Kriegsflugzeugen usw. umfaßt:

Die Überschrift deutet einen Vorgang an, der sich vollzogen hat, zu dem aber kaum schriftliches Material zu finden ist, das ihn belegt. Wir haben zu s. 560 → untersuchen, wie Meyer's-Hof nach der Machtübergabe als „Rote Hochburg“ politisch diszipliniert wird, wie und warum er sozial entmischt wird und wie man versucht, durch äußerliche Renovierung des Gebäudes einen anderen Eindruck herzustellen, der öffentlich verwertbar ist. Es ist nach wie vor außerordentlich schwierig, den Einschnitt, den der 30.1.1933 für die großen Mietshausgebiete darstellt, im Alltag der Bewohner nachzuvollziehen. Die Mietshausgebiete sind in der politischen Landschaft Berlins auch die Hochburgen von KPD und SPD. Die Wahlkartierungen, die der Geograph Friedrich Leyden noch nach dem 30.1.1933 in seinem Buch „Groß-Berlin, Geographie der Weltstadt“ veröffentlicht, geben davon eine plastische Anschauung. Die Karten illustrieren den „Roten Wedding“, den zu zerschlagen und politisch zu entmachten politischer Auftrag der Nationalsozialisten ist, die ihre Wählerschaft überwiegend im bürgerlichen Südwesten der Stadt finden.

Die Schwierigkeit, den Alltag zu rekonstruieren, besteht darin, daß die betroffenen Zeitzeugen entweder umgebracht, verschleppt bzw. ausgesiedelt worden sind oder im Krieg ab 1939 in Sondereinheiten zusammengefaßt und an die Front geschickt worden sind. Etwaige schriftliche Zeugnisse existieren nicht oder sind vorsätzlich vernichtet. Akten, etwa die der Gestapo zu Einsätzen und Überfällen auf bestimmte Häuser, Straßen, Gebiete sind uns nicht zugänglich, wir wissen nicht, ob und wo sie noch existieren, und die Presse fällt als Quelle aus. Die wenigen Menschen, die noch leben und das undurchsichtige Geschehen, dessen Härte man ahnt, erlebt haben, haben es verdrängt, waren zu jung oder haben soviel Leid erfahren, daß sie heute noch nicht darüber sprechen können, wovor wir natürlich Respekt haben. In den Gesprächen, deren Aussagen wir in Kapitel 11 zusammengefaßt haben, wird aber deutlich, daß seitdem ein Riß durch den gesellschaftlichen Alltag geht, der besonders dort zu spüren ist, wo die Säuberungen durchgreifend waren, in den Mietshausgebieten und in den Neubausiedlungen an der Peripherie.

s. 513 → s. 560 → Wir haben fast keine Informationen über die Auswirkungen der Verhaftungswellen nach der Machtübergabe bzw. nach dem Reichstagsbrand auf die Bewohner von Meyer's-Hof. Die Augenzeugen für diesen Alltag fehlen uns bisher. Akten der Polizei, der Gestapo bzw. der SA, die in den Mietshausgebieten, besonders im Wedding, gewütet haben, existieren nicht. Wir wissen aus den Erinnerungen von Rudolf Diels, dem Chef der Gestapo bis 1934, daß allein nach dem Reichstagsbrand 1800 Verhaftungen von kommunistischen Funktionären im Land Preußen erfolgten. Vergleicht man die Adreßbuchangaben von Meyer's-Hof nach 1932 miteinander, so stellt man fest, daß von den Ende 1932 aufgeführten Haushalten 1933 35, 1934 55 und 1935 weitere 22 Haushalte nicht mehr auftauchen. 1935 wohnen nur noch 50% der 1932 anwesenden Bewohner dort. Untersucht man zum Vergleich die Auszugsrate von Meyer's-Hof für die Jahre nach 1925, so zeigt sich, daß pro Jahr regelmäßig zwischen 10 und maximal 15 Haushalte ausziehen. Erst mit dem Jahr 1933 steigt die Auszugsrate rapide an, um sich dann nach 1935 wieder in den früheren Relationen zu bewegen. Wir können diesen Einschnitt in der Geschichte von Meyer's-Hof nur feststellen, jedoch nicht angeben, aus welchen Gründen im einzelnen die Häufung der Auszüge erfolgt.

→L 51
s. 527 → Vergleicht man die in den auch in Meyer's-Hof verwendeten Einheitsmietverträgen abgedruckten Hausordnungen von 1932 und 1933 miteinander, so stellt man zwei bedeutungsvolle Veränderungen fest: Der § 3 verlangte 1932: *Der unnötige Aufenthalt vor den Haustüren, auf Höfen, Treppen und Fluren ist nicht gestattet . . .*, wobei die Definition des „Unnötigen“ weit auslegbar ist. In den seit dem Jahr 1933 in den Mietverträgen abgedruckten Hausordnungen ist diese Anordnung genauer gefaßt: *Der unnötige Aufenthalt, auch das Sitzen vor den Haustüren, auf*

→A 41

→A 42